

Bericht der Parteikontrollkommission über die Verwirklichung der Beschlüsse der 7. Tagung des Zentralkomitees

In einem Bericht vom Februar 1989 geht die Parteikontrollkommission der Frage nach, warum selbst im MfS die Bereitschaft zu bedingungsloser Unterordnung geringer wurde.

Fast alle Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) waren auch Mitglieder der Staatspartei SED. Die Parteiführung ging aber Ende der 1980er Jahre immer mehr auf Distanz zur sowjetischen "Bruderpartei" und deren Reformkurs. Das schuf gerade für die Stasi-Offiziere eine höchst problematische Situation, weil sie ein besonders enges Verhältnis zu den sowjetischen "Freunden" pflegten, sich sogar - nach sowjetischem Vorbild - selbst als "Tschekisten" bezeichneten.

Auf der 7. Tagung des Zentralkomitees der SED im Dezember 1988 hatte SED-Generalsekretär Erich Honecker der Partei einen scharfen Abgrenzungskurs von der sowjetischen Reformpolitik verordnet. Das stieß selbst bei der Stasi verschiedentlich auf verhaltene Unmut. Der Frage, warum selbst im MfS die Bereitschaft zu bedingungsloser Unterordnung geringer wurde und erste Zweifel an der Weisheit der Parteiführung laut wurden, ging die Parteikontrollkommission in einem Bericht vom Februar 1989 nach. Darin wurden zum einen die "Einheit und Geschlossenheit der Partei" beschworen, zum anderen aber auch mögliche Ursachen für nachlassende Disziplin und "ideologische Abweichungen" benannt.

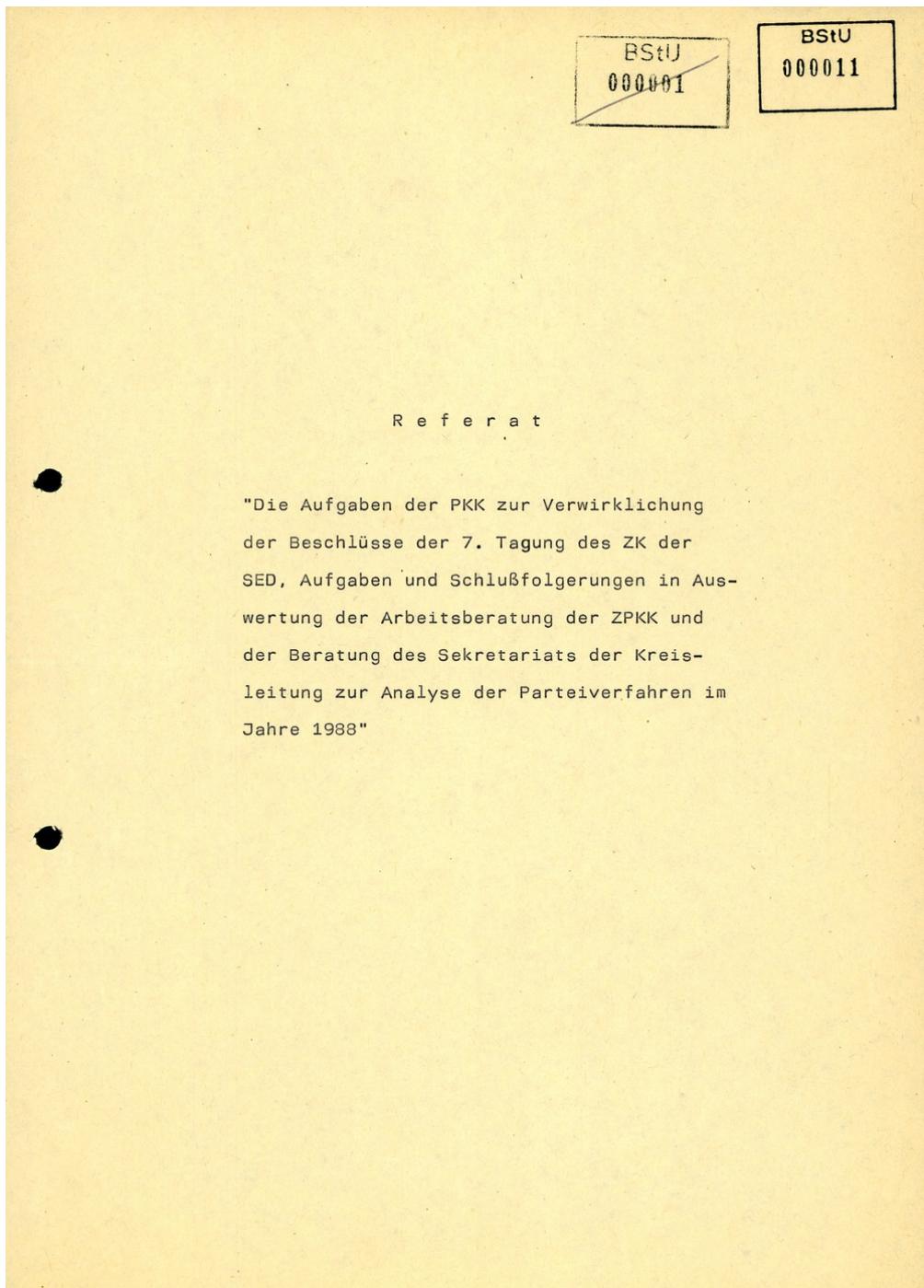
Signatur: BArch, MfS, SED-Kreisleitung, Nr. 4582, BL 11-69

Metadaten

Datum: Februar 1989

Überlieferungsform: Dokument

Bericht der Parteikontrollkommission über die Verwirklichung der Beschlüsse der 7. Tagung des Zentralkomitees



Signatur: BArch, MfS, SED-Kreisleitung, Nr. 4582, BL 11-69

Blatt 11

Bericht der Parteikontrollkommission über die Verwirklichung der Beschlüsse der 7. Tagung des Zentralkomitees

BStU
000002

BStU
000012

Genossinnen und Genossen!

Die Zentrale Parteikontrollkommission führte am 01.
und 02. Februar 1989 eine Arbeitsberatung mit den Vor-
sitzenden und Stellvertretenden Vorsitzenden der BPKK
und PKK der bewaffneten Organe durch.

Ausgehend von den Beschlüssen der 7. Tagung des Zentral-
komitees werden die Aufgaben für die Parteikontroll-
kommissionen gestellt und darüber beraten, wie sie ihre
Arbeit weiter zu qualifizieren haben, damit sie zu jeder
Zeit ihre Aufgaben zum Schutz der Partei, zur Gewährlei-
stung der Einheit und Geschlossenheit erfüllen.

Dazu sprachen das Mitglied des Politbüros und Vorsitzen-
der der ZPKK, Genosse Erich Mückenberger, das Mitglied
des ZK und stellv. Vorsitzender der ZPKK, Genosse Werner
Müller, sowie die Mitglieder der ZPKK, Genosse Helmut
Kasch und Horst Heiser.

Wir setzen uns das Ziel, mit der heutigen Beratung die
Mitglieder und Kandidaten beider Kommissionen mit den
Orientierungen und Aufgabenstellungen vertraut zu ma-
chen und darüber zu beraten, was durch uns zu tun ist,
damit sie ohne Abstriche verwirklicht werden und beide
Kommissionen sich stets auf der Höhe der Anforderungen
entwickeln und die Arbeit bewältigen.

Bericht der Parteikontrollkommission über die Verwirklichung der Beschlüsse der 7. Tagung des Zentralkomitees

BStU
000003

BStU
000013

2

Wir gehen davon aus, daß wir alle die Dokumente der 7. Tagung, insbesondere die Rede des Generalsekretärs, gründlich studiert und hinsichtlich der Anforderungen an die eigene Arbeit durchdacht haben.

Genossen!

Mit der 7. Tagung sind wir bekanntlich in einen neuen Abschnitt der Entwicklung der Deutschen Demokratischen Republik, in die intensive Vorbereitung des XII. Parteitages eingetreten.

Damit verbindet sich für alle Parteiorganisationen die Forderung, ihre politische und organisatorische Kampfkraft voll auf dieses bedeutsame Ereignis im Leben unserer Partei und des ganzen Volkes einzustellen.

Mit der Rede des Generalsekretärs, Genossen Honecker, auf der 7. Tagung und dem Beschuß des Politbüros vom 10.01.1989 "Zur weiteren Erhöhung des Niveaus der politisch-ideologischen Arbeit der Partei" sind die Aufgaben zur qualitativen Stärkung der Partei und zum Schutze ihrer Einheit und Geschlossenheit gestellt.

Sie tragen der Tatsache Rechnung, daß wir uns in einer sehr bewegten Zeit befinden, in der gegenläufige Erscheinungen auftreten.

Bericht der Parteikontrollkommission über die Verwirklichung der Beschlüsse der 7. Tagung des Zentralkomitees

BStU
000004

BStU
000014
3

Einerseits setzt sich die Politik des Dialogs und des Kampfes um Sicherung des Friedens, für die Reduzierung der Streitkräfte und Rüstungen durch, zu der unsere Partei einen bedeutsamen Beitrag leistet.

Andererseits zeigen die letzten Wochen und Monate, daß die Angriffe des Gegners auf unsere Partei an Schärfe und Umfang zunehmen.

Diese Angriffe richten sich insbesondere gegen den Marxismus-Leninismus, gegen die allgemeingültigen Gesetzmäßigkeiten beim Aufbau des Sozialismus, die führende Rolle der Partei, gegen die sozialistische Staatsmacht, den demokratischen Zentralismus und, wie immer wenn es um die Fragen der Macht geht, auch gegen die Schutz- und Sicherheitsorgane.

Hinzu kommt, daß die Entwicklung in einigen sozialistischen Ländern kompliziert verläuft und viele Fragen aufwirft.

Viele Menschen, darunter auch nicht wenige Parteimitglieder, geraten in Verwirrung, zweifeln am Marxismus-Leninismus und an der Perspektive des Sozialismus.

(X) Manche zweifeln die Beschlüsse unserer Partei an oder sehen die Zeit für gekommen, solche lange gehegten Zweifel und Widersprüche nunmehr unter Berufung auf diese Entwicklung offen auszusprechen und auch mit Angriffen auf unsere Partei und die vom Parteitag beschlossene Politik vorzutragen.

Bericht der Parteikontrollkommission über die Verwirklichung der Beschlüsse der 7. Tagung des Zentralkomitees

BStU
000005

BStU
000015
4

Den bewährten Kurs unserer Partei unter diesen Bedingungen unbeirrbar und erfolgreich fortzusetzen, stellt hohe Anforderungen an die Partei als Ganzes und an jedes ihrer Mitglieder, besonders hinsichtlich klarer marxistisch-leninistischer Positionen, der Treue zur Partei und deren Beschlüsse.

Notwendiger denn je ist ein klares Feindbild, Ansprüche also, die gerade in diesem Abschnitt des Kampfes stehen.

(X) 4 Genossen!

Wie die Partei angegriffen wird, welche Anstrengungen zur qualitativen Stärkung der Partei und ihrem Schutz vor parteischädigenden und parteifeindlichen Kräften notwendig waren, wird durch die Analyse der Partieverfahren sichtbar, die die ZPKK dem Sekretariat des ZK vorlegte und dort am 18.01.1989 beraten wurde.

In diesem Zusammenhang wurde eingeschätzt, daß nicht alle Parteimitglieder die sich aus der weiteren Entwicklung der sozialistischen Gesellschaft in der DDR und der Klassenauseinandersetzung mit dem Imperialismus ergebenen Anforderungen erfüllen. Die Angriffe des Gegners, in welcher Form und Gestalt auch immer vorgetragen, bleiben bei manchem Parteimitglied und Kandidaten nicht ohne Wirkung.

Bericht der Parteikontrollkommission über die Verwirklichung der Beschlüsse der 7. Tagung des Zentralkomitees

BStU
000006

BStU
000016 5

Die Mehrzahl der Parteileitungen und Grundorganisationen setzen sich kämpferisch mit den Mitgliedern und Kandidaten der Partei auseinander, die die Einheit und Reinheit gefährdeten, die Interessen des Arbeiter- und Bauern-Staates verrieten und die Partei-, Staats- sowie Arbeitsdisziplin verletzten.

Verstärkt wurde darauf Einfluß genommen, daß die Leninschen Normen des Parteilebens gewahrt und die Vorbildrolle der Kommunisten durchgesetzt wird.

Das alles widerspiegelt sich auch in den 1988 in der gesamten Partei durchgeführten

22 998 Parteiverfahren,

das sind 15 Prozent mehr als 1987.

Es wurden

21 042 Parteistrafen

ausgesprochen.

Das ist die höchste Zahl seit dem Bestehen unserer Partei.

10 849 endeten mit dem Ausschluß

1 956 mit der Streichung,

so daß insgesamt im Ergebnis der Parteiverfahren

12 805 Mitglieder und Kandidaten

aus der Partei entfernt wurden.

Bericht der Parteikontrollkommission über die Verwirklichung der Beschlüsse der 7. Tagung des Zentralkomitees

BStU
000007

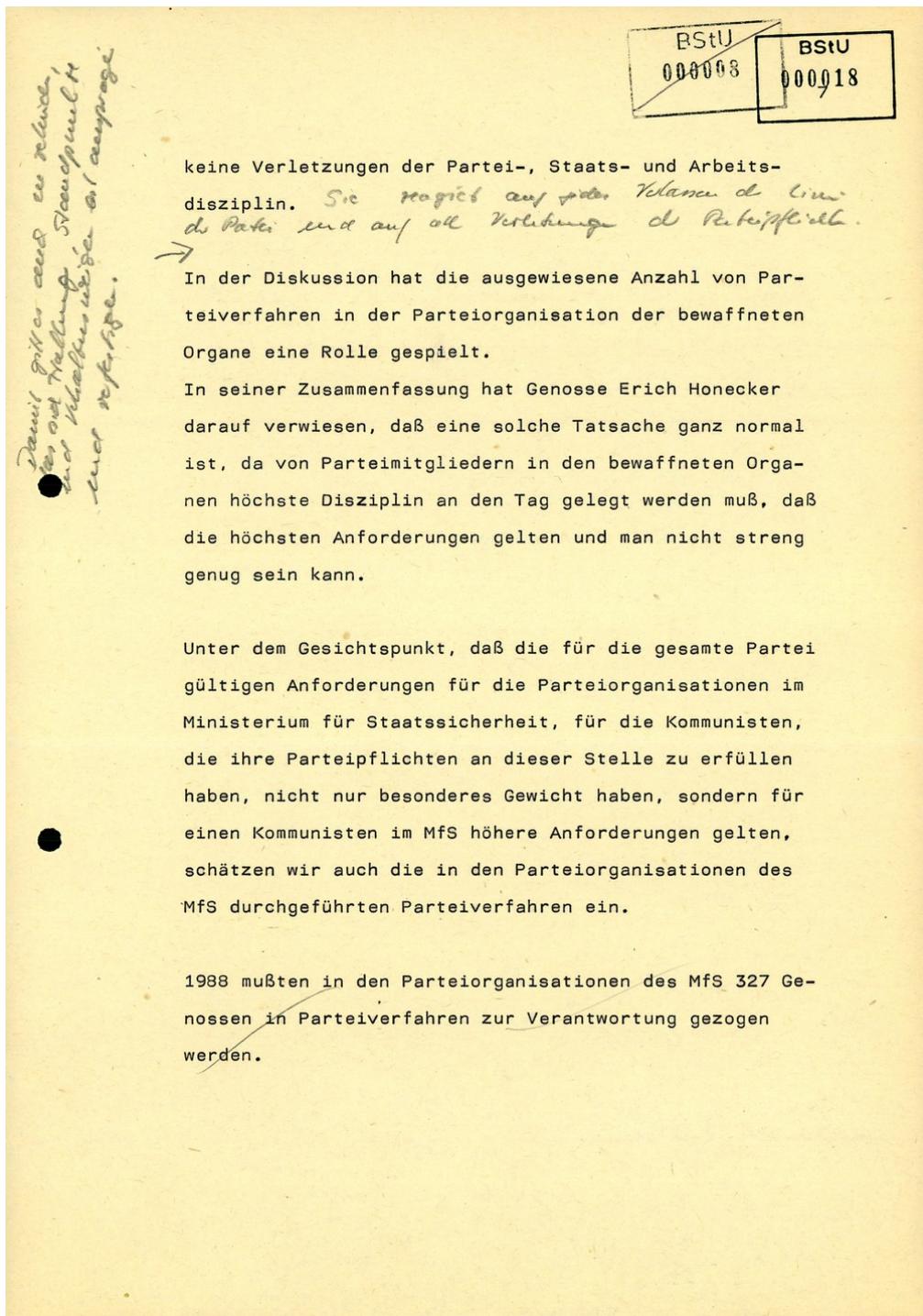
BStU
000017

Das Sekretariat des ZK schätzte ein, dieses Ansteigen der Parteiverfahren und auch der Ausschlüsse ist angesichts der Anforderungen eine normale Erscheinung. Es resultiert aus den wachsenden Ansprüchen an die Mitglieder, hat aber auch eine Ursache darin, daß bei der Aufnahme nicht immer verantwortungsbewußt gearbeitet wird und dadurch nicht immer die Richtigen Kandidaten und Mitglieder unserer Partei werden.

Bei unserer 2,3 Millionen Mitglieder zählenden Partei ist es deshalb notwendig, bereits im Vorfeld des Umtausches der Dokumente alles zu tun, damit sie sich von denen trennt, die nicht in ihre Reihen gehören. Damit ist auch an uns als PKK ein klarer Auftrag erteilt.

Während der Beratung wurden wir darauf hingewiesen, daß das Ansteigen der Parteiverfahren und die größere Zahl von Ausschlüssen uns nicht über die Tatsache hinwegsehen lassen darf, daß die Grundorganisationen und Parteileitungen die Parteierziehungsmittel nicht genügend angewandt haben, damit die Parteierziehung ernster genommen wird.

Es wurde festgestellt, daß die Zahl von Mißbilligungen und Verwarnungen nicht erwähnenswert gestiegen ist. Mit diesen Parteierziehungsmitteln hat aber jede Grundorganisation die Möglichkeit, sozusagen "den Schuß vor den Bug zu setzen", damit bei jedem klar ist, die Partei duldet

Bericht der Parteikontrollkommission über die Verwirklichung der Beschlüsse der 7. Tagung des Zentralkomitees

Signatur: BArch, MfS, SED-Kreisleitung, Nr. 4582, Bl. 11-69

Blatt 18

Bericht der Parteikontrollkommission über die Verwirklichung der Beschlüsse der 7. Tagung des Zentralkomitees

BStU
000019

BStU
000009

8

Zum Vergleich: 1987 waren es insgesamt 311 Verfahren,
also ein leichter Anstieg.

Die angestiegene Zahl der Parteiverfahren werten wir in
erster Linie als Ausdruck der Anforderungen, die an die
Mitglieder und Kandidaten der Partei gestellt werden und
der Konsequenz, mit der auf Verstöße gegen das Statut
reagiert wird.

Die Parteiverfahren wurden mit

1 Mißbilligung
9 Verwarnungen
119 Rügen
154 Strengen Rügen
15 Streichungen
29 Parteiausschlüssen

abgeschlossen.

Eine Feststellung zu den Streichungen und Ausschlüssen:
1987 mußten 58 Parteimitglieder aus der Partei entfernt
werden, 1988 sind es 47.

Hatten wir 1987 noch 48 Ausschlüsse, so sind das 1988
nur noch 29.

Ausgehend von der Einschätzung des Sekretariats des ZK
ergibt sich die Notwendigkeit, genau darauf zu achten,
daß sich dahinter keine Tendenzen des Liberalismus oder
der Inkonsistenz verbergen bzw. entwickeln.

Bericht der Parteikontrollkommission über die Verwirklichung der Beschlüsse der 7. Tagung des Zentralkomitees

BStU	BStU
000020	000010

9

Das trifft auch zu hinsichtlich des Ausweichens auf Streichungen als Mitglied, wo der Ausschluß notwendig ist, denn immerhin stehen den 10 Streichungen von 1987 dieses Jahr 18 gegenüber.

Es ist also erforderlich, noch strenger darauf zu achten, ob die Streichung tatsächlich gerechtfertigt und wo der Ausschluß notwendig ist.

Wer das Statut verletzt, muß bestraft werden. Und dort, wo echte Gründe für die Streichung als Parteimitglied vorliegen, wäre zu überlegen, ob dann ein Parteiverfahren notwendig ist, oder gemäß dem Statut auch so die entsprechenden Beschlüsse gefaßt werden können.

Wer aus den verschiedensten Gründen wirklich nicht in der Lage ist, seine Parteipflichten zu erfüllen, gegen den muß kein Parteiverfahren eingeleitet werden.

Die Tatsache, daß sich weitere 477 Parteimitglieder und Kandidaten wegen Verstöße gegen die Parteipflichten und Parteinormen in Mitgliederversammlungen zu verantworten hatten, in denen ihnen ohne Parteiverfahren Verwarnungen oder Mißbilligungen ausgesprochen wurden, ist Ausdruck für die Konsequenz und erforderliche Differenziertheit, mit der in den PO/GO und APO nach dem Statut gehandelt wird.

Bericht der Parteikontrollkommission über die Verwirklichung der Beschlüsse der 7. Tagung des Zentralkomitees

BStU
000021

BStU
000011

10

Diese bewährte Praxis gilt es, so wie vom Sekretariat des ZK orientiert, also auch im Rahmen von Parteiverfahren, weiter zu verfolgen und auszubauen.

Wir müssen aber auch ganz real sagen, 1988 wurden die Mittel der Parteierziehung 90 mal weniger angewandt.

Wir dürfen nicht übersehen, daß in einzelnen Parteikollektiven das innerparteiliche Leben noch nicht so entwickelt ist, wie es das Statut, die Beschlüsse des XI. Parteitages, des Zentralkomitees und unserer Kreisleitung erfordern. Dadurch werden falsche Verhaltensweisen und Fehlentwicklungen begünstigt, teilweise zu spät erkannt oder es wird nicht rechtzeitig parteimäßig reagiert.

Vor uns als Kommission steht die Forderung, bei der Lösung jeder Aufgabe verstärkt Einfluß zu nehmen, daß die Leninschen Normen des Parteilebens gewahrt werden und die Vorbildrolle der Kommunisten im Dienst, im gesellschaftlichen Leben, wie in allen Lebensbereichen, bis hinein in die Familie, immer wirksamer durchgesetzt wird.

Es gilt, mit nicht nachlassender Intensität und Konsequenz den Parteileitungen und Grundorganisationen zu helfen, damit sie sich auf der Grundlage des Statuts zunehmend rechtzeitiger und wirksamer mit den Mitgliedern und Kandidaten auseinandersetzen, die die Parteinormen verletzen.

Bericht der Parteikontrollkommission über die Verwirklichung der Beschlüsse der 7. Tagung des Zentralkomitees

BStU
000022

BStU
000012

11

Es kommt darauf an, dafür zu sorgen, daß die bekannt-werdenden Erscheinungen und Zustände, die die Entwicklung der Kampfkraft und die Erfüllung der Parteibeschlüsse sowie Befehle beeinträchtigen, die erkannten Ursachen und begünstigenden Bedingungen mit der Kraft der Kollektive überwunden werden.

Und es gilt, auch immer mit darauf hinzuwirken, daß zielstrebig die parteizerieherische Einflußnahme auf die Mitglieder und Kandidaten zur weiteren Herausbildung und Festigung der kommunistischen und tschekistischen Eigenschaften, Denk- und Verhaltensweisen verbessert wird.

Die Information des Zentralkomitees Nr. 245 "zum einheitlichen und geschlossenen Handeln der Mitglieder und Kandidaten der SED" ist dabei eine entscheidende Orientierung und Hilfe.

Einen klaren Blick müssen wir uns dafür bewahren, daß es hinsichtlich der parteilichen Konsequenz, mit der die Parteikollektive reagieren, und der erreichten Wirksamkeit Unterschiede gibt, daß es manche Genossen und mitunter auch Parteileitungen gibt, die vor notwendigen Parteiverfahren zurückschrecken oder auf andere Lösungswege auszuweichen versuchen.

Das Sekretariat erwartet von uns, daß wir dazu stets eine unduldsame Haltung einnehmen.

Bericht der Parteikontrollkommission über die Verwirklichung der Beschlüsse der 7. Tagung des Zentralkomitees

BStU
000023

BStU
000013

12

Abgesehen davon, daß dies eine insgesamt unparteiliche und statutenwidrige Haltung ist, übersehen diese Genossen, daß sich die durchgeführten Parteiverfahren in der Regel für das betreffende Mitglied, für die Erziehung der Genossen und für die Festigung des Kollektivs positiv auswirken.

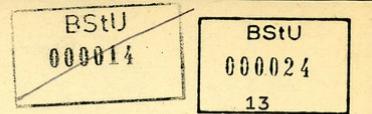
Wenn sie gemäß dem Statut ordentlich vorbereitet und durchgeführt werden, dann tragen sie zur Erhöhung der Parteimoral und Beschußtreue, zur konsequenten Durchsetzung des demokratischen Zentralismus und der Entfaltung der innerparteilichen Demokratie bei.

Sie wirken sich positiv aus auf die Entwicklung der parteilichen und kritischen Atmosphäre.

Von ihnen geht ein positiver Einfluß auf die Wahrnehmung der Pflichten und Rechte durch alle Mitglieder aus.

Genossen!

Alle durch die ZPKK herausgearbeiteten Angriffe gegen unsere Partei, Verstöße gegen das Statut und Verletzungen der Partei-, Staats- und Arbeitsdisziplin haben, ausgenommen Verratshandlungen, Überlaufen zum Klassenfeind und andere Formen der Feindtätigkeit, auch uns beschäftigt.

Bericht der Parteikontrollkommission über die Verwirklichung der Beschlüsse der 7. Tagung des Zentralkomitees

Wenn wir uns die wesentlichen Gründe für Parteiverfahren, die in den Parteiorganisationen des MfS durchgeführt wurden, ansehen, so ergeben sich daraus folgende Feststellungen und Schlußfolgerungen:

Es mußten Parteistrafen gegen Mitglieder und Kandidaten ausgesprochen werden, die mit ihren Handlungen die Einheit, Reinheit und Geschlossenheit der Partei gefährdeten. Das betraf vorwiegend Genossen mit einem Parteialter bis zu 5 Jahren.

Es zeigte sich, daß es nicht gelungen war, bei ihnen klassenmäßige Haltungen herauszubilden. Oberflächliche Kenntnis unserer marxistisch-leninistischen Weltanschauung und der Beschlüsse der Partei führten dazu, daß sie negativen politischen Einflüssen unterlagen und die Positionen der Partei in Grundfragen verließen.

Es entwickelten sich zunächst Zweifel an der Richtigkeit der Politik unserer Partei. Da diese nicht rechtzeitig erkannt wurden, unter anderem auch deshalb, weil sie es verstanden, ihre ideologischen Probleme zu verheimlichen oder hinter angeblichen Meinungen anderer zu verstecken, entstand daraus letztlich ihre ablehnende Haltung zur Politik unserer Partei und den Parteipflichten.

Sie waren auch nicht mehr bereit, weiter im MfS zu dienen.

Bericht der Parteikontrollkommission über die Verwirklichung der Beschlüsse der 7. Tagung des Zentralkomitees

BStU
000025

BStU
000015

14

Der wirksamen Befähigung und Erziehung aller Mitarbeiter des MfS zum rechtzeitigen Erkennen und zur Abwehr sowohl der forcierten direkten Angriffe gegen das MfS als auch negativer Einflüsse aus der Tätigkeit und aus dem Umfeld der Mitarbeiter, wozu auch die Einflüsse der feindlichen Massenmedien zählen, ist deshalb in der ideo-logischen und erzieherischen Arbeit noch größere Bedeutung beizumessen.

Nach den vorliegenden Erkenntnissen gilt es, noch sorgfältiger auf Einflüsse, die durch inoffizielle und andere Kontakte auf unsere Genossen wirken, zu achten.

Einen nicht zu unterschätzenden Faktor bildet das nicht richtige persönliche Verarbeiten von Informationen durch Mitarbeiter, die sich z. B. auf dem Gebiet der Erfassung und Auswertung von Informationen vorwiegend passiv mit Feindmaterialien, mit Problemen und Schwierigkeiten unserer Entwicklung zu befassen haben.

Eine zunehmende Rolle bei der Entwicklung unparteilicher Positionen und Haltungen spielen bereits vorhandene und auch neu entstehende Einflüsse aus dem Verwandten- und Umgangskreis von Mitarbeitern, die sich auch im Zusammenhang mit Reisen und Kontakten aus diesem Kreis in das nichtsozialistische Ausland verstärken.

Bericht der Parteikontrollkommission über die Verwirklichung der Beschlüsse der 7. Tagung des Zentralkomitees

BStU
000026

BStU
000016

15

Stärker zu beachten sind auch die bisherige Entwicklung,
Lebensgewohnheiten und ^{der} Umgangskreis von Genossen, die
ihren Dienst im MfS neu aufnehmen.

In der letzten Zeit haben wir uns bekanntlich wiederholt
damit beschäftigen müssen, daß Genossen, die zivile Aus-
bildungseinrichtungen absolviert haben oder besuchen,
auf dort vorhandene Auswirkungen der politisch-ideologi-
schen Diversion nicht parteimäßig, nicht tschekistisch
reagierten, im unterschiedlichen Maße derartigen Einflüs-
sen unterlagen und versuchten, diese Positionen auch bei
uns zu vertreten.

Wenn solche Angelegenheiten zur parteilichen Klärung an-
stehen, wird mitunter die Arbeit der Parteiorganisation
der jeweiligen Bildungseinrichtung für die ungefestigte
politisch-ideologische Position, für die fehlende klas-
senmäßige Haltung verantwortlich gemacht.

Abgesehen davon, daß uns eine solche Einschätzung nicht
zusteht, lenkt sie den Blick von den eigentlichen Ursä-
chen ab.

Der Betreffende war doch auch dort Parteimitglied, hatte
nach dem Programm und Statut, den Parteibeschlüssen zu
handeln und sich dort für ihre Verwirklichung einzusetzen.

Bericht der Parteikontrollkommission über die Verwirklichung der Beschlüsse der 7. Tagung des Zentralkomitees

BStU
000027

BStU
000017

16

Er trägt doch gegenüber der Partei doppelte Verantwortung, denn er ist vom MfS delegiert. Ein Tschekist kennt seine Verantwortung, er steht in Kontakt mit der delegierenden Diensteinheit und hat alle Möglichkeiten, auch auf diesem Wege auf alles zu reagieren und rechtzeitig zu informieren.

Es gibt also in dieser Beziehung keine Entschuldigung für unparteiliches Verhalten des Einzelnen.

Das haben wir im Zusammenhang mit Parteiverfahren stets zu beachten.

Eine Schlußfolgerung sehen wir darin, den Parteieinfluß dahingehend geltend zu machen, daß die zur Betreuung eingesetzten Genossen immer verantwortungsbewußt arbeiten, daß sie den in zivilen Einrichtungen studierenden Genossen verstärkte Hilfe und Unterstützung für die dort zu führenden offensiveren ideologischen Auseinandersetzungen geben und deren noch wirksamere Erziehung zu ideologischer Standhaftigkeit und stets klassenmäßigen Handeln und Verhalten Sorge tragen.

Wir müssen mit dafür Sorge tragen, daß auch deren Verantwortung zur Debatte steht, wenn es um Ursachen und Bedingungen geht.

Bericht der Parteikontrollkommission über die Verwirklichung der Beschlüsse der 7. Tagung des Zentralkomitees

BStU
000028

BStU
000013

17

Das ist auch deshalb notwendig, weil es ~~auch~~ immer wieder Genossen gibt, die dann, wenn sie mit den Aufgaben konkret vertraut gemacht werden, keine Einsicht in die Notwendigkeit der Arbeit des MfS zeigen, teilweise zu den Mitteln und Methoden der Arbeit eine ablehnende Haltung beziehen und dabei Argumente anführen, wie wir sie von den sogenannten Menschenrechtlern kennen.

In diesen Fällen zahlt sich der Aufwand für die Ausbildung nicht aus, was aber noch schwerer wiegt, es haben Leute, deren politische Zuverlässigkeit nicht gewährleistet ist, spezifische Kenntnisse erhalten, die sie zumindest in der Argumentation gegen die Partei ins Feld führen.

Einige Verfahren weisen uns mit Nachdruck darauf hin, daß noch schneller und parteilicher reagiert werden muß, wenn sich in der politischen Haltung von Genossen Anzeichen und Erscheinungen des Abweichens vom Klassenstandpunkt bemerkbar machen, wenn Auswirkungen der forcierten Hetze und Verleumdung, der verschärften Angriffe auf die Partei und die in den Parteibeschlüssen festgelegte Linie sichtbar werden.

Es ist schon notwendig, der Sache auf den Grund zu gehen und festzustellen, worin die Ursachen liegen, wenn sich manche Genossen aus der Beratung der Parteikollektive

Bericht der Parteikontrollkommission über die Verwirklichung der Beschlüsse der 7. Tagung des Zentralkomitees

BStU
000029

BStU
000019

18

zur Erarbeitung einheitlicher Standpunkte und aus ideo-
logischen Auseinandersetzungen heraushalten.

Es ist schon notwendig zu wissen, ob sie sich ihrer
Argumente nicht sicher genug sind, ihnen der Mut fehlt
oder ob sie selbst Zweifel haben, ähnliche Positionen
vertreten und bloß nicht anecken wollen.

Das betrifft Parteimitglieder, die nur Fragen haben, die
Zweifel an der Realisierbarkeit der Politik der Partei
äußern, die zu den vom Parteitag oder dem Zentralkomitee
beschlossenen Aufgaben abweichende, eigene Auffassungen
vertreten, die immer nörgeln und meckern.

Diese Mitglieder beteuern oftmals ihre Verbundenheit zur
Partei und sind möglicherweise auch davon überzeugt.
Aber sie haben eben nicht verstanden, daß die Parteibes-
schlüsse für jeden, so wie sie gefaßt sind, gelten, daß
sie durch jedes Mitglied ohne Wenn und Aber vertreten
und aktiv so verwirklicht werden müssen, so wie es im
Statut verankert ist.

(D) In unserer Partei kann jeder oder muß jeder bei der Be-
schlußfassung seinen Beitrag zur Herbeiführung der Be-
schlüsse leisten, danach hat er nach dem Statut, und das
unterschreibt er beim Eintritt in die Partei, die Pflicht,
die Beschlüsse ohne Abstriche zu erfüllen.

Bericht der Parteikontrollkommission über die Verwirklichung der Beschlüsse der 7. Tagung des Zentralkomitees

BStU
000030 BStU
000020

19

In der letzten Zeit mußten sich einige Grundorganisationen mit Mitglieder befassen, die noch nicht begriffen hatten, daß für sie nur die Beschlüsse unserer Partei Gültigkeit haben.

Das verstehen wir auch, wenn wir von der Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft in den Farben der DDR sprechen.

Sie waren auf dem Wege, auf revisionistische und opportunistische Positionen abzugeleiten oder hatten sie zum Teil schon eingenommen.

Darunter befanden sich auch langjährige Mitglieder mit Parteierfahrung.

Wir hatten uns ~~dazu~~ damit nach der Streichung des "Sputnik" von der Postzeitungsliste mit Genossen zu befassen. Aber eine Vielzahl anderer hat in gleicher Weise diskutiert, sie haben sich nur nicht wie diese festgelegt.

Wenn Mitglieder oder Kandidaten mit revisionistischen, opportunistischen oder anders gearteten parteifeindlichen Auffassungen auftreten, darf ihnen auf keinen Fall die Gelegenheit gegeben werden, noch länger als Mitglied der Partei diese Positionen zu vertreten.

Und es ist ebenso richtig und notwendig, ganz gründlich zu analysieren, wie es zu diesen Positionen kommen konnte.

Bericht der Parteikontrollkommission über die Verwirklichung der Beschlüsse der 7. Tagung des Zentralkomitees

BStU
000031

BStU
000021

20

In letzter Zeit gibt es auch bei uns Versuche, durch Austrittserklärungen aus der Partei auszuscheiden.

Einige erklären das für die Parteikollektive überraschend, andere kommen damit im Verlaufe von Parteiverfahren.

Sie wollen so den parteilichen Auseinandersetzungen ausweichen. Es gibt auch Mitglieder, die darauf spekulieren, daß sie wegen der verschiedensten Verstöße aus der Partei ausgeschlossen werden, ohne daß sie ihre politische Haltung offenbaren müssen.

Einige meinen auch, mit der Austrittserklärung oder der Androhung, persönliche Ziele durchsetzen zu können, wenn diese erreicht sind, die Erklärung zurückzuziehen, um sie bei nächster Gelegenheit zu wiederholen.

Es liegt auf der Hand, daß derartige Sachverhalte nur dann im Interesse der Partei abgeschlossen werden können, wenn sie durch die Parteileitungen mit höchster Gründlichkeit, Umsicht und parteilich konsequenz auf der Grundlage des Statutes behandelt werden.

Wir haben uns auf der Grundlage der Parteibeschlüsse dazu einen klaren Standpunkt erarbeitet:

Die Partei entscheidet selbst, wer wie aus der Partei ausscheidet und das erst recht bei einem Offizier des

Bericht der Parteikontrollkommission über die Verwirklichung der Beschlüsse der 7. Tagung des Zentralkomitees

BStU	BStU
000032	000022

21

Ministeriums für Staatssicherheit, bei einem Mitglied,
das Funktionen bekleidet.

Wer seinen Austritt erklärt, um Untersuchungen und Be-
schlüsse seiner GO zuvorzukommen, wer mit seiner Aus-
trittserklärung politische Ziele verfolgt oder die Par-
tei angreift, den lassen wir nicht einfach austreten.
Solche Dinge werden allseitig geprüft und dann erfolgt
der Ausschluß.

Ausnahmen kann es bei Arbeitern in den Betrieben des
MfS und wenn wir es politisch für richtig halten, mit-
unter auch bei Unteroffizieren auf Zeit, geben.

Auch in diesen Fällen ist es notwendig, bei aller Sorg-
falt schnell zu reagieren und nichts über lange Zeit
offen zu lassen.

Doch nun zurück zu weiteren Gründen für Parteiverfahren:

Wegen prinzipienlosem Verhalten, wegen Zurückweichen
vor den Anforderungen, die vor einem Parteimitglied ste-
hen, wegen fehlender Bereitschaft und Willen, die persön-
lichen Belange den Erfordernissen des Klassenkampfes
unterzuordnen, mußten weitere Parteistrafen ausgespro-
chen werden.

Die Gründe bestehen in der fehlenden Bereitschaft, sich
mit den Aufgaben und Arbeitsmethoden des MfS zu identi-
fizieren.

Bericht der Parteikontrollkommission über die Verwirklichung der Beschlüsse der 7. Tagung des Zentralkomitees

BStU
000033

BStU
000023

22

Desweiteren im Zurückweichen vor den Anforderungen des Dienstes, der Ablehnung der militärischen Disziplin, insbesondere des Dienst- und Abmelderegimes, der Regeln über Auslandsreisen, der kaderpolitischen Erfordernisse bei der Partnerwahl, der notwendigen Abgrenzung zu Kontakten in das nichtsozialistische Ausland usw.

Die betreffenden Mitglieder bezeichnen das als Einschränkung ihrer persönlichen Rechte und Freiheiten, die sie nicht zu akzeptieren bereit sind.

Zur Verantwortung gezogen wurden auch Mitglieder, die sich prinzipienlos zur Entstehung oder Ausweitung von Kontakten der nächsten Familienangehörigen in das nichtsozialistische Ausland verhielten.

Materielle Vorteile aus Geschenken, finanziellen Zuwendungen und Erbschaften spielen eine Rolle.

Es gab auch Fälle, daß Parteimitglieder Partnerbeziehungen und Bekanntschaften zu Personen unterhielten, obwohl ihnen deren politisch-negative, teilweise feindliche Einstellung oder asoziale Lebensweise sowie Anfälligkeit zur Kriminalität bekannt war.

Bericht der Parteikontrollkommission über die Verwirklichung der Beschlüsse der 7. Tagung des Zentralkomitees

BStU
000034

BStU
000024 23

Diese Parteiverfahren und parteizerieherischen Auseinandersetzungen sowie die steigende Anzahl von Entlassungsersuchen aus dem Dienst im MfS, einschließlich der Anträge von Berufsunteroffizieren zur Umwandlung ihres Dienstverhältnisses in ein Dienstverhältnis auf Zeit zeigen, daß den verschiedenen politisch-ideologischen Einflüssen noch größere Beachtung geschenkt und durch die politisch-ideologische Erzieherische Arbeit stärker entgegengewirkt werden muß.

Die ideologischen Angriffe des Feindes hinterlassen Wirkungen bei einzelnen Mitarbeitern besonders dort, wo in den Kollektiven keine offensive ideologische Atmosphäre herrscht, wo die ständige klassenmäßige Auseinandersetzung mit der bürgerlichen Ideologie und Politik und den ideologischen Angriffen des Feindes vernachlässigt wird.

In den Kollektiven, die unmittelbar den Feind bekämpfen, brachte die große Mehrheit der Genossen während der Parteidienstwahlen erneut zum Ausdruck, daß sie durch ihre tägliche tschekistische Arbeit, durch die aktive Auseinandersetzung mit dem Feind immer wieder auch hinsichtlich der Richtigkeit der Politik unserer Partei bestärkt, für ihren Dienst im MfS motiviert und in ihrer ideologischen Haltung gestählt werden.

Bericht der Parteikontrollkommission über die Verwirklichung der Beschlüsse der 7. Tagung des Zentralkomitees

BStU
000035

BStU
000025

24

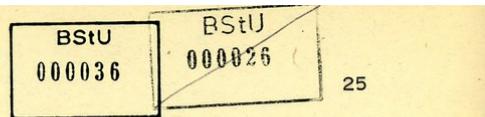
Daraus sind noch weitreichendere Schlußfolgerungen für die ideologische und erzieherische Arbeit in den Parteikollektiven, für die noch wirksamere tschekistische Schulung, Befähigung und Erziehung der Mitarbeiter, insbesondere auch für die Kollektive, die nicht so unmittelbar im Kampf gegen den Feind eingesetzt sind, zu ziehen.

Durch das Zusammenwirken der Dienstvorgesetzten und Parteileitungen mit der HA Kader und Schulung, insbesondere dem Bereich Disziplinar, ist gesichert, daß dort, wo der Nachweis von kapitulantenhaftem Verhalten und Verlassen der Positionen der Partei erbracht wurde, auch die einzige mögliche Konsequenz gezogen wurde und der Parteiausschuß erfolgte.

Was uns stark beschäftigt ist vielmehr die Vielzahl der Fälle, wo die Genossen wegen Nichteignung aus dem MfS entlassen werden, unter denen befinden sich auch solche, die den Antrag auf Entlassung gestellt haben.

Dahinter verbergen sich natürlich auch noch ideologische Aufweichungserscheinungen oder ungenügend gefestigte ideologische Positionen als Ursache für die fehlende Bereitschaft, die sich aus der Verpflichtung ergebenden Konsequenzen und erhöhten Anforderungen des Dienstes zu erfüllen.

Bericht der Parteikontrollkommission über die Verwirklichung der Beschlüsse der 7. Tagung des Zentralkomitees



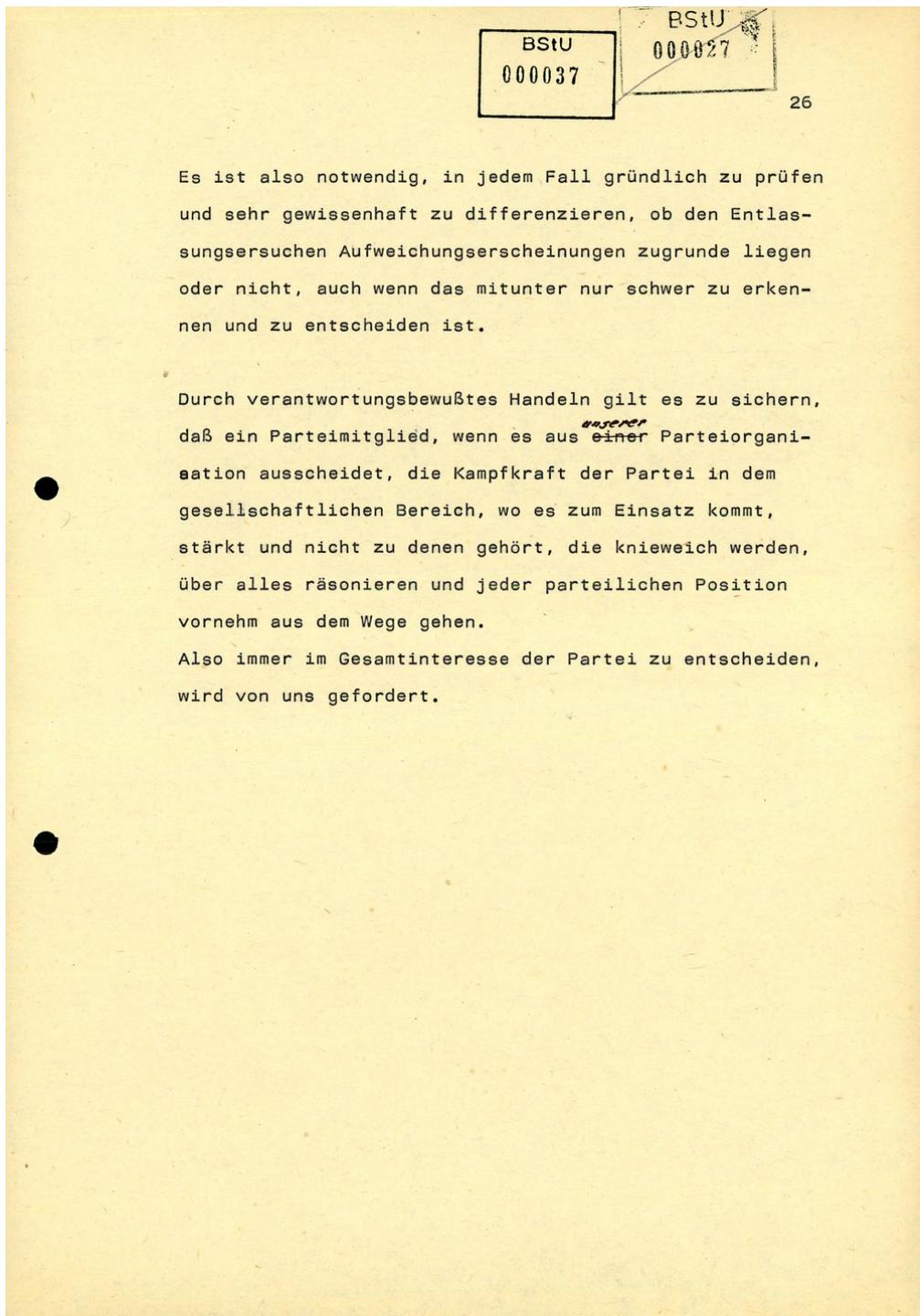
Wegen solcher Haltung erhielten 26 Parteimitglieder Parteistrafen. Das sind noch nicht einmal 20 % derer, die den Antrag auf Entlassung stellten und anhand dessen, was sie auf den Tisch legten, auch zur Entlassung kamen.

Nun sind wir uns natürlich darüber im klaren, daß immer differenziert zu entscheiden ist. Es gilt aber auch in Rechnung zu stellen, daß nicht jeder vordergründig die ihn bewegenden politisch-ideologischen Ursachen, die zum Gesuch führen, offen anspricht.

Die Tatsache, daß es sich hierbei im MfS vorwiegend (ca. 70 %) um Genossen aus dem militärisch-operativen Sicherungsdienst oder den sicherstellenden Bereichen handelt, weist ja auch darauf hin, daß es dabei den Grad der Verbundenheit mit dem MfS zu beachten gilt.

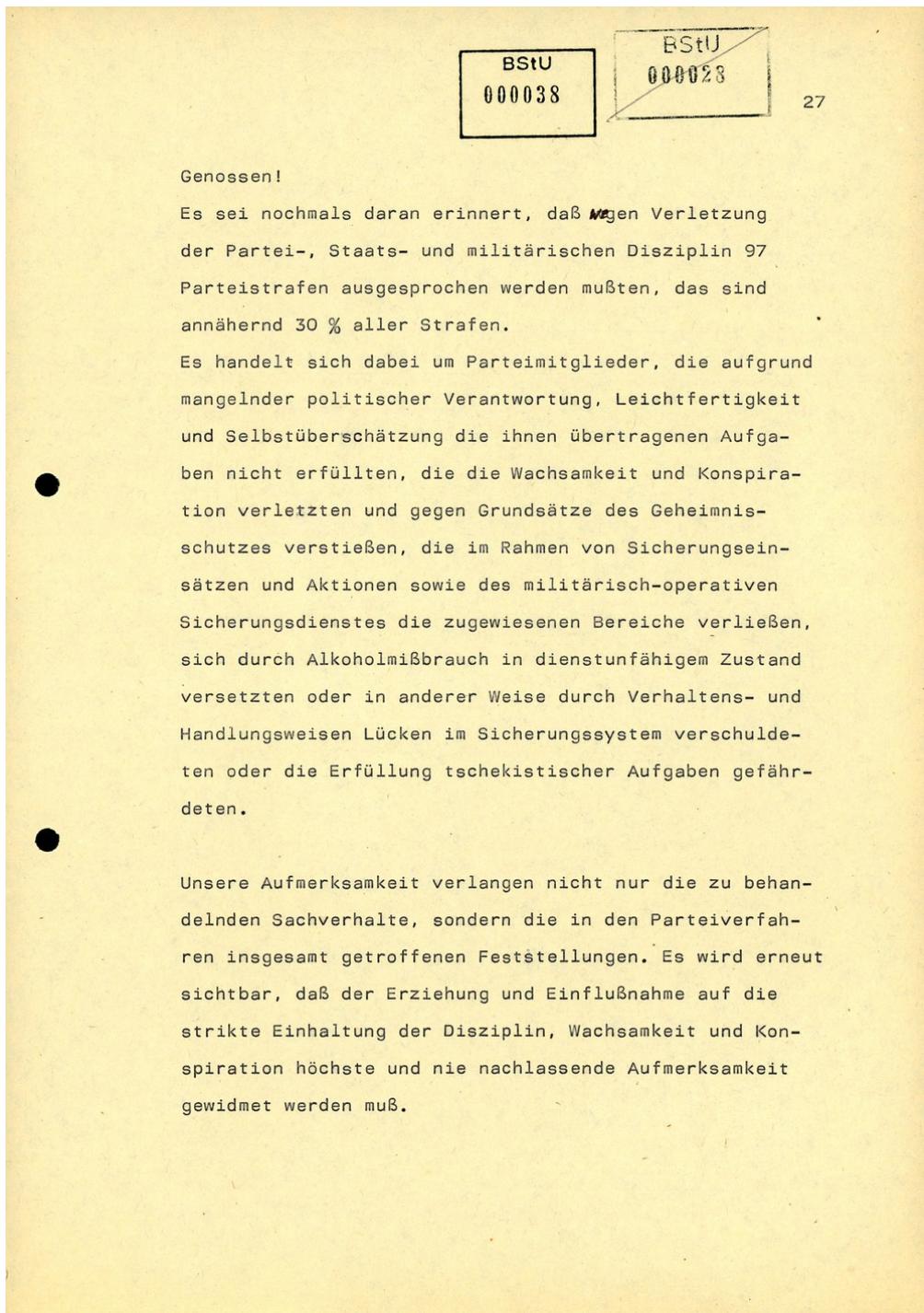
Aus all dem ist ersichtlich, daß die Ursachen und Motive für Entlassungssuchen sehr verschieden sein können. Nicht jeder von ihnen ist politisch aufgewieht und nicht wenige Genossen versichern glaubhaft, daß sie im zivilen Bereich - entsprechend ihren Möglichkeiten - aktiv als Kommunisten für die Verwirklichung der Politik der Partei eintreten werden.

Bericht der Parteikontrollkommission über die Verwirklichung der Beschlüsse der 7. Tagung des Zentralkomitees



Signatur: BArch, MfS, SED-Kreisleitung, Nr. 4582, Bl. 11-69

Blatt 37

Bericht der Parteikontrollkommission über die Verwirklichung der Beschlüsse der 7. Tagung des Zentralkomitees

Signatur: BArch, MfS, SED-Kreisleitung, Nr. 4582, BL 11-69

Blatt 38

Bericht der Parteikontrollkommission über die Verwirklichung der Beschlüsse der 7. Tagung des Zentralkomitees

BStU
000039

BStU
000029

28

Angesichts der Angriffe der Geheimdienste gegen das MfS und der dabei angewandten raffinierten, skrupellosen und rigorosen Methoden ist das von besonderer Bedeutung.

In mehreren Verfahren hatten sich Genossen wegen des verantwortungslosen Umgangs mit operativen Unterlagen, insbesondere mit Treffdokumenten, zu verantworten. Auftragskonzeptionen, Berichte, Tonbandaufzeichnungen wurden nicht nur nach dem Treff, sondern teilweise tagelang oder wiederholt außerhalb der Dienstzeit herumgeschleppt oder in der Wohnung aufbewahrt. Dabei gab es Bedingungen, die anderen Personen den Zugang und Zugriff ermöglichten. Doch das ist nur eine Seite des Problems.

In jedem dieser Verfahren mußte die Feststellung getroffen werden, daß andere Mitarbeiter und Vorgesetzte davon Kenntnis, zumindest aber Hinweise hatten, dagegen nichts unternahmen und damit solche Befehlsverletzungen ermöglichten und duldeten.

Mancher Genosse konnte im Verfahren gar nicht den Kopf heben, weil er selbst nicht anders gehandelt hat. Ja, man kann sagen, wir stießen bei der Einleitung von Parteiverfahren zu solchen Sachverhalten teilweise auf regelrechte Zurückhaltung.

Bericht der Parteikontrollkommission über die Verwirklichung der Beschlüsse der 7. Tagung des Zentralkomitees

BStU
000040 BStU
000030

29

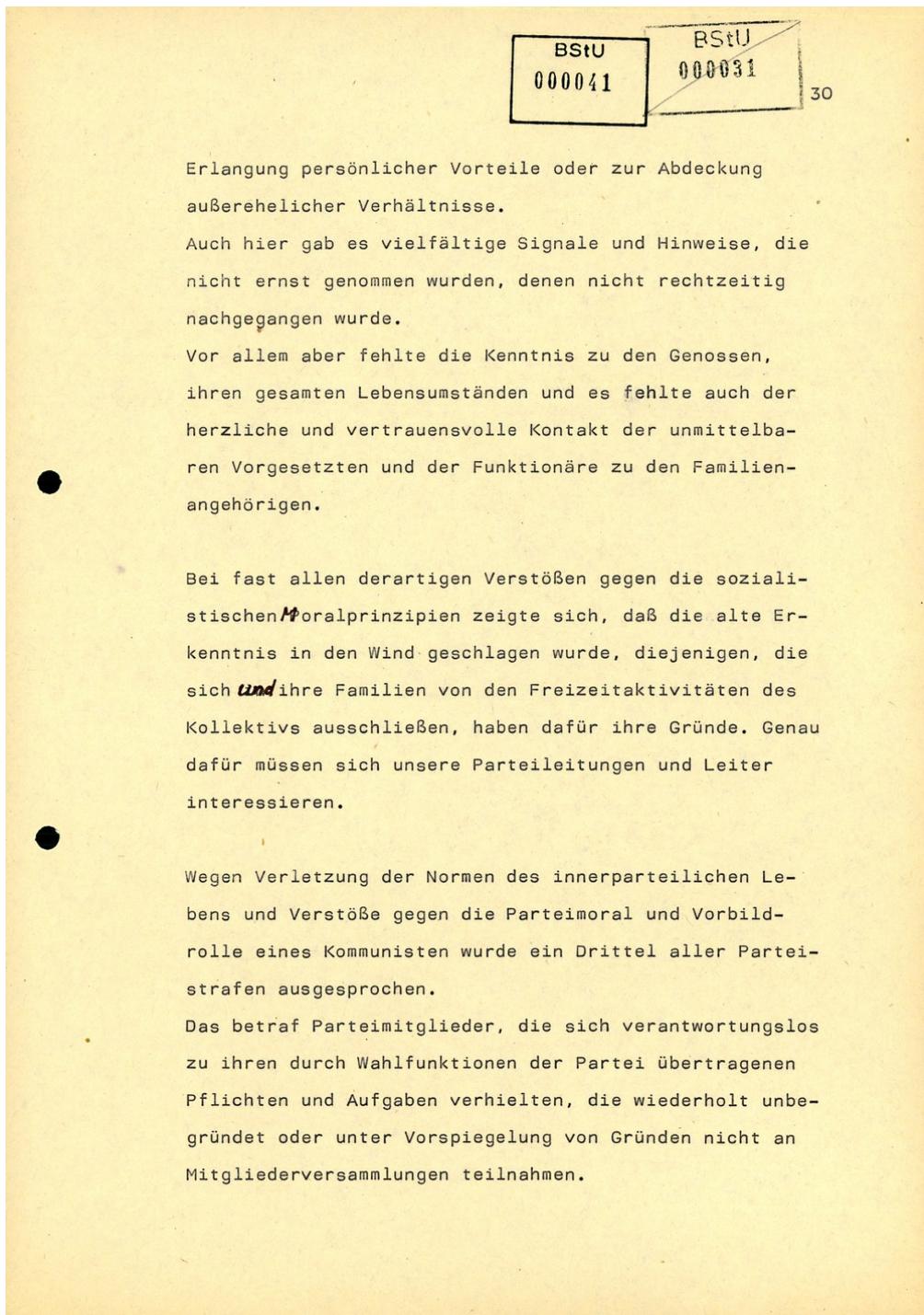
Einige Genossen haben sich parteilich offen und ehrlich geäußert und darauf hingewiesen, daß sich solche Verstöße gegen Grundprinzipien in der Arbeit aus Bequemlichkeit in nicht geringem Umfang eingeschlichen haben.

Angesichts der Tatsache, daß immer mehr junge Genossen in die operative Arbeit eingeführt werden, gewinnt die rechtzeitige Erziehung zur Einhaltung der Grundsätze, vor allem durch die Vorbildwirkung der älteren erfahrenen Genossen und eine Atmosphäre der Unduldsamkeit gegen alle Anzeichen auf Verstöße gegen operative Grundprinzipien weiter an Gewicht.

Diesen Prozeß gilt es noch wirksamer dadurch zu unterstützen, daß wir uns bei jedem Verfahren, das aus diesem Anlaß notwendig wird, in die Vorbereitung und Durchführung einschalten. Wir müssen mit dafür sorgen, daß derartige Verfehlungen parteimäßig mit aller Strenge bestraft werden und auf diese Weise eine ^{erziehende} ~~erzieht~~ ^{erziehende} Wirkung auf das Kollektiv ~~erzielt~~ ^{erzielt} wird.

Von uns hängt viel ab, daß an den genannten begünstigenden Bedingungen nicht vorbeigegangen wird und auch die dafür Verantwortlichen nicht ausgeschlossen bleiben.

Bestraft werden mußten auch Genossen wegen des Mißbrauchs operativer Dokumente und dienstlicher Befugnisse zur

Bericht der Parteikontrollkommission über die Verwirklichung der Beschlüsse der 7. Tagung des Zentralkomitees

Signatur: BArch, MfS, SED-Kreisleitung, Nr. 4582, BL 11-69

Blatt 41

Bericht der Parteikontrollkommission über die Verwirklichung der Beschlüsse der 7. Tagung des Zentralkomitees

BStU
000042

BStU
000032 31

Es gibt Genossen, darunter auch Leiter, die nur an der Hälfte der Mitgliederversammlungen eines Jahres teilnahmen, weil sie andere wichtige Aufgaben zu erfüllen hatten.

Wenn zwingende operative Gründe vorliegen, gibt es darüber keine Diskussion. Doch ein Teil hätte andere Lösungen suchen können, wollte sich drücken und das ist dann eine ernste politische Frage.

Wie wollen sie denn ihre politische Verantwortung als Leiter wahrnehmen, wo bleibt die Vorbildrolle, die Gleichheit vor dem Statut, was glauben sie, wer sie sind. Ein kampfstarkes Kollektiv darf das nicht dulden.

Das gilt es auch immer durch uns mit so eindeutig zu klären.

Anlaß für Parteiverfahren waren, sind und werden, wie erneute Berichte des Untersuchungsorgans und Ersttheorie besagen, Verstöße gegen Beschlüsse und Befehle zur Durchsetzung der ökonomischen Politik der Partei im MfS sein.

Wir haben mit dafür zu sorgen, daß sie als das behandelt und geahndet werden, was sie sind, nämlich schwerwiegender Verstöße gegen die Partei-, Staats- und militärische Disziplin, als Mißachtung der Parteimoral und verantwortungsloses Verhalten zum Volkseigentum, das dem MfS zur Erfüllung der Hauptaufgaben zur Verfügung steht.

Bericht der Parteikontrollkommission über die Verwirklichung der Beschlüsse der 7. Tagung des Zentralkomitees

BStU
000043

BStU
000033

32

Von uns wird erwartet, daß wir mit alle dort Einfluß nehmen, wo Genossen ihre Verantwortung, die sie in dieser Beziehung gegenüber der Partei, dem Staat, der Arbeiterklasse tragen, nicht begriffen oder nicht wahrgenommen haben.

Das betrifft die persönliche Verantwortung und Schuld für unreale Planung und Materialzuführung, für Unordnung in Nachweisführung und Lagerhaltung, für den dadurch eingetretenen Schaden und auch für das Zulassen von begünstigenden Bedingungen für Diebstahl und Unterschaltung.

Es liegt mit in unserer Verantwortung dafür zu sorgen, daß solche Dinge immer konsequent auf der Grundlage des Statuts behandelt werden, wo notwendig und gerechtfertigt bis zum Parteiausschluß.

Wir müssen mit dazu beitragen, daß endlich Schluß gemacht wird, daß sich einige das Recht herausnehmen, unter Mißbrauch ihrer Befugnisse und Verfügungsgewalt Freundschaftsdienste für andere zu leisten, sich damit Ansehen, Wohlwollen und Bereitschaft für Gegenleistungen auf anderen Gebieten zu verschaffen.

Keine Funktion gibt dazu das Recht.

Obwohl es für alle verbindliche Beschlüsse gibt und zurückliegende Verstöße gegen gesetzliche Bestimmungen, Befehle und Weisungen umfassend ausgewertet wurden, treten derartige Dinge immer wieder in Erscheinung.

Bericht der Parteikontrollkommission über die Verwirklichung der Beschlüsse der 7. Tagung des Zentralkomitees

BStU	BStU
000044	000034

 33

Die Kreisleitung hat in Auswertung der 7. Tagung des ZK prinzipielle Orientierungen gegeben, wie durch verantwortungsvolle Arbeit zu gewährleisten ist, daß die dem MfS zur Verfügung gestellten finanziellen und materiellen Fonds zur Lösung der Hauptaufgabe eingesetzt werden und überall das Sparsamkeitsprinzip auch gesichert wird.

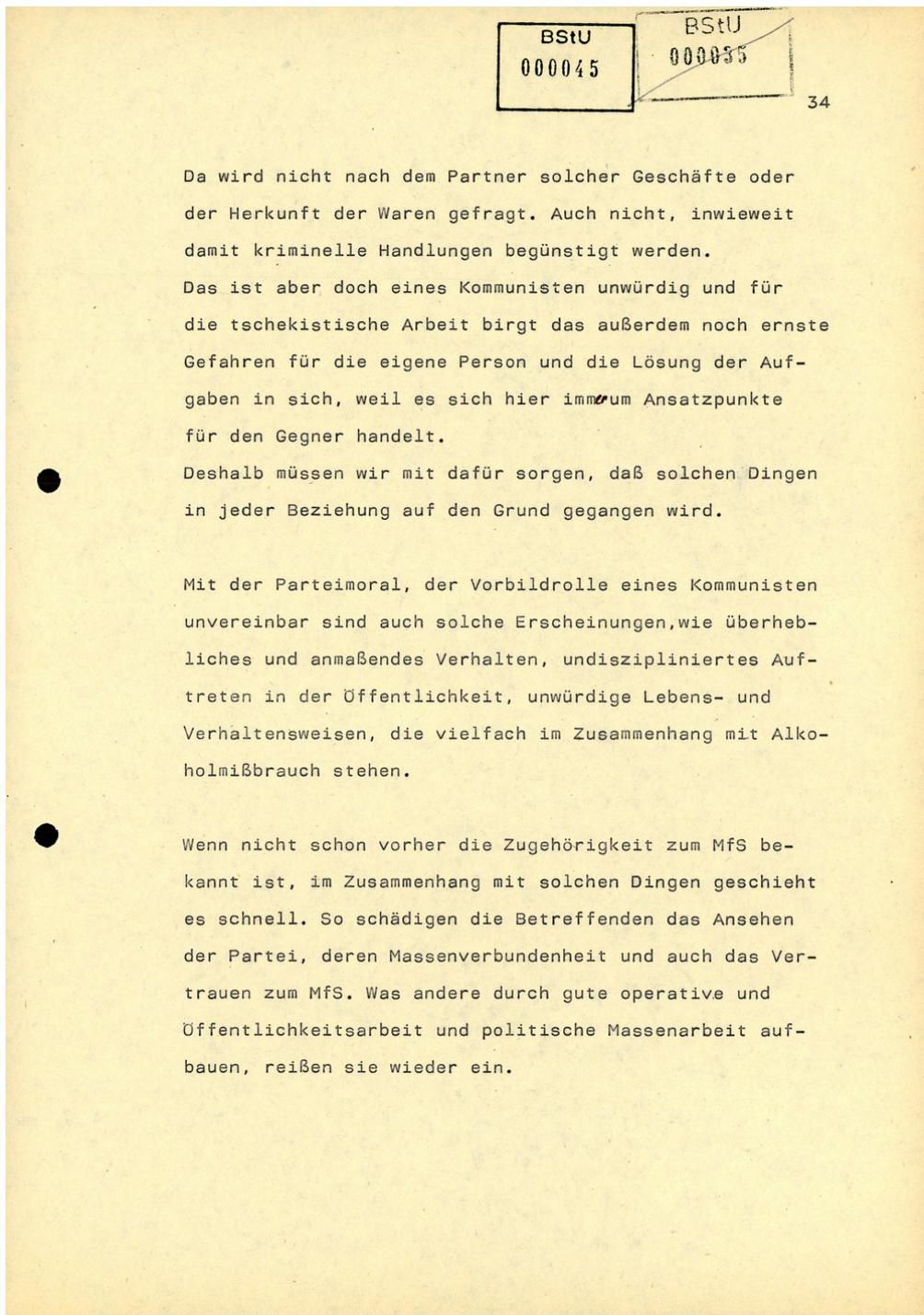
Es gilt, noch rechtzeitiger auf Signale und Hinweise zu reagieren, wo es Anzeichen gibt, daß das Genossen immer noch nicht begriffen haben oder begreifen wollen. Für diejenigen, die es betrifft, gibt es keine Entschuldigung mehr, sie werden durch die Partei künftig mit aller Konsequenz nach dem Statut und den Beschlüssen zur Verantwortung gezogen. Das muß sowohl für die Verursacher als auch die Verantwortlichen gelten.

Genossen!

Wie wir feststellen mußten, haben manche Genossen ihre überzogenen Bedürfnisse - und es sind wirklich nicht die bescheidensten - durch spekulative Handlungen befriedigt.

Das betrifft insbesondere die Beschaffung von PKW, aber auch andere hochwertige Waren.

Aus kleinbürgerlichem Besitzstreben und Habsucht handelnd mißachtet mancher jede gesellschaftliche Norm und gesetzliche Regelung.

Bericht der Parteikontrollkommission über die Verwirklichung der Beschlüsse der 7. Tagung des Zentralkomitees

Signatur: BArch, MfS, SED-Kreisleitung, Nr. 4582, BL 11-69

Blatt 45

Bericht der Parteikontrollkommission über die Verwirklichung der Beschlüsse der 7. Tagung des Zentralkomitees

BStU
000046

BStU
000036

35

90 Parteistrafen wurden wegen Gesetzesverletzung ausgesprochen. Das betraf Mitglieder, die sich des Diebstahls von sozialistischem und persönlichem Eigentum schuldig gemacht hatten, die rowdyhafte Handlungen begingen, unter Alkoholeinfluß Kfz. im öffentlichen Straßenverkehr führten und andere strafrechtlich zu verfolgende Handlungen begingen.

Damit sind natürlich alle Gesetzesverletzungen erfaßt, unabhängig davon, ob und wie sie strafrechtlich verfolgt werden.

Für ein Parteimitglied gilt, was dazu im Statut festgelegt ist, d. h. die strikte Einhaltung und Durchsetzung der sozialistischen Gesetzlichkeit.

Nicht jedes Parteiverfahren, das sich mit dem Diebstahl von Volkseigentum einschließlich des Kaufhallendiebstahls befaßt, wird mit der Konsequenz geführt und der dem Statut entsprechenden Parteistrafe abgeschlossen, denn diese Delikte werden zum Teil nur mit "Strengen Rügen" geahndet.

Es ist Grundsatz: Parteimitglieder, die solche Handlungen begehen, werden vor allem dann, wenn sie im Staatsapparat oder in anderen gesellschaftlich bedeutsamen Bereichen arbeiten, aus der Partei ausgeschlossen. Auch das gehört zum Schutz der Reinheit der Partei und zur Erhöhung ihrer führenden Rolle.

Bericht der Parteikontrollkommission über die Verwirklichung der Beschlüsse der 7. Tagung des Zentralkomitees

BStU
000047 BStU
000037 36

Hinsichtlich der Führung von Kfz. unter Alkoholeinfluß können wir sagen, daß durch das Zusammenwirken mit dem Bereich Disziplinar und vor allem auch der Konsequenz in den PO jedes bekanntgewordene Delikt parteimäßig behandelt wurde. Der Anteil der deshalb notwendigen Verfahren ist dennoch hoch und es gibt keine durchgreifenden Veränderungen.

Die Aufgaben und die Verantwortung der PKK für die Durchsetzung der führenden Rolle der Partei auf dem Gebiet der sozialistischen Gesetzlichkeit bildeten einen Schwerpunkt der Arbeitsberatung der ZPKK. In dieser Beziehung stehen vor jedem Mitglied und jedem Kandidaten höhere Anforderungen, erfordern es die Lage und die Erfüllung der Parteibeschlüsse.

Wegen Gesetzesverletzungen wurden in unserer Partei insgesamt im vergangenen Jahr 21 % aller Parteiverfahren durchgeführt. Damit ist gesagt, daß trotz ständiger Forderungen und Orientierungen der Parteiführung - wie z. B. in der Rede des Genossen Erich Honecker vom 12. Februar 1988 - solche Verletzungen nicht verringt wurden.

Die wegen Verletzungen der sozialistischen Gesetzlichkeit, Ordnung und Sicherheit durchgeföhrten Parteiverfahren zeigen, daß Überheblichkeit, Mißbrauch von Vertrauensstellungen, mangelhaft ausgeprägtes Pflichtbewußt-

Bericht der Parteikontrollkommission über die Verwirklichung der Beschlüsse der 7. Tagung des Zentralkomitees

BStU
000048 BStU
000033

37

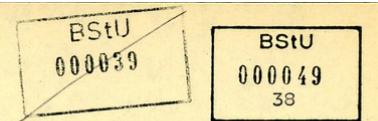
sein, Habgier und die Sucht nach unbedingter Befriedigung übersteigerter persönlicher Bedürfnisse wesentliche Ursachen für Statutenverletzungen auf diesem Gebiet sind und zu hohen volkswirtschaftlichen Verlusten führten.

Verstärkt und mit mehr Konsequenz ist der Forderung Rechnung zu tragen, Gesetzesverletzungen durch Parteimitglieder nicht zu bagatellisieren, sondern die Schuldigen und die Verantwortlichen, die nicht immer die selben sein müssen, zur Verantwortung zu ziehen und dabei keinen Liberalismus zu dulden.

Niemand darf die Verletzung von Ordnung und Sicherheit als ein Kavaliersdelikt betrachten, und gegen Verschwendung und Großmannssucht ist noch konsequenter vorzugehen. Forderungen also, denen auch wir uns mit neuen Überlegungen parteimäßig konsequent stellen müssen.

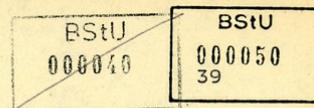
Wir haben als Parteikontrollkommissionen alle Veranlassung, von den Parteileitungen noch mehr zu fordern, daß solche Mißstände überwunden und Parteimitglieder, die Unordnung, Leichtfertigkeit, Disziplinlosigkeit, unkritisches Verhalten und blindes Vertrauen an den Tag legen, entsprechend dem Parteistatut zur Verantwortung gezogen werden.

Bericht der Parteikontrollkommission über die Verwirklichung der Beschlüsse der 7. Tagung des Zentralkomitees



Bei allen Mitgliedern und Kandidaten der Partei gilt es die Klarheit zu vertiefen, daß das sozialistische Recht und die sozialistische Gesetzlichkeit niemals von den Beschlüssen der Partei und der Parteiarbeit getrennt werden dürfen.

So wie die sozialistische Gesetzgebung die sozialistischen Verhaltensweisen und die Beziehungen der Bürger zueinander zum Ausdruck bringt und ihnen ein hohes Maß an sozialistischem Moralverhalten abverlangt, müssen wir auch von jedem Mitglied der Partei strikt fordern, daß es im Alltag stets seiner Vorbildrolle gerecht wird. Ein Parteimitglied überschreitet mit seinem Eintritt in die Partei jene Schwelle, hinter der an seine Handlungen ein anderer, ein viel strengerer Maßstab angelegt wird, als vorher. Es hat keinerlei Vorteile und keine Sonderrechte oder Privilegien und die Partei gestattet es ihm auch nicht, sich irgendwelche Sonderrechte anzumaßen. Das gilt erst recht für ein Parteimitglied im MfS, unabhängig davon, wie lange und mit welchen Aufgaben es an welchen Kampfabschnitt als Angehöriger des sozialistischen Sicherheits- und Rechtspflegeorgans Dienst im Auftrage der Arbeiterklasse zum Schutz ihrer sozialistischen Errungenschaften versieht.

Bericht der Parteikontrollkommission über die Verwirklichung der Beschlüsse der 7. Tagung des Zentralkomitees

Bei Gesetzesverletzungen durch Parteimitglieder und deren Bewertung durch die Grundorganisationen und deren Leitungen sowie durch die PKK geht es bei aller Konsequenz aber auch immer darum, die Schwere des Vergehens und die Entscheidungen der Rechtspflegeorgane zu beachten, um die richtigen parteilichen Entscheidungen zu treffen.

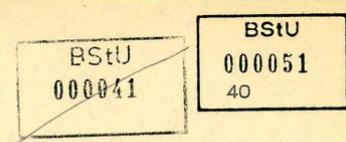
Es ist schon ein Unterschied, ob eine Strafe durch die Gerichte mit einer Freiheitsstrafe geahndet wird, oder die Verurteilung auf Bewährung erfolgt ist, oder ob eine andere Entscheidung wie Strafbefehl usw. getroffen wurde.

Es ist auch von Bedeutung, ob es sich um eine vorsätzliche oder fahrlässige Straftat handelt und wie der Schaden und das moralische Verhalten des Betreffenden zu bewerten sind.

Niemals aber dürfen wir zulassen, daß subjektive Ermessensfragen bei der Bewertung im Vordergrund stehen und daß nicht im Sinne des Parteistatuts verfahren wird.

Die Wahrung des Statuts und die strikte Verwirklichung der sozialistischen Gesetzlichkeit bilden eine Einheit und genau so müssen wir als PKK auch verfahren.

Entsprechend dem Gleichheitsprinzip unseres sozialistischen Rechts sind vor dem sozialistischen Gesetz alle Bürger gleich. Auch die Mitglieder unserer Partei werden vor dem Gesetz wie alle anderen Bürger behandelt.

Bericht der Parteikontrollkommission über die Verwirklichung der Beschlüsse der 7. Tagung des Zentralkomitees

Deshalb wenden wir uns mit aller Entschiedenheit gegen das immer wiederkehrende Argument von der "doppelten Bestrafung" bzw. der Auffassung, daß es unangebracht und nicht nötig ist, einen bereits durch die Rechtsorgane oder disziplinarisch zur Verantwortung gezogenen Genossen durch die Partei zur Verantwortung zu ziehen oder durch die Partei zur Verantwortung gezogenen Genossen auch noch gerichtlich oder disziplinarisch zu bestrafen.

Von der ZPKK wurde darauf orientiert, noch entschiedener darauf zu achten, die Vorgänge als das zu bezeichnen, was sie wirklich sind. Genau das gilt in der Vorbereitung und Durchführung von Parteiverfahren auch für uns. Diebstahl ist eben Diebstahl und keine unrechtmäßige Entnahme.

Der Alkoholmißbrauch spielt, wie die Analyse zeigt, bei der Hälfte aller Verfehlungen und Vorkommnisse, die in Parteiverfahren behandelt werden müssen, eine Rolle. Es gilt also, auch die Einflußnahme auf eine vernünftige, gesunde Lebensweise, auf eine verantwortungsbewußte Haltung zur Gewährleistung der Einsatzbereitschaft und Leistungsfähigkeit weiter zu verstärken, das gehört doch auch zur kommunistischen Moral.

Bericht der Parteikontrollkommission über die Verwirklichung der Beschlüsse der 7. Tagung des Zentralkomitees

BStU
000042
BStU
000052
41

Besonders dann, wenn Fragen des Alkoholmißbrauches eine Rolle spielen, werden zugelassene Inkonssequenzen sichtbar, denn in den meisten Fällen gab es Anzeichen dafür, daß die betreffenden Genossen in dieser Richtung ihre Probleme haben.

Das zeigt, daß wir hier auch in der ideologisch erzieherischen Arbeit noch nicht alle wie erforderlich erreichen und weitere Gedanken zur Erhöhung des erzieherischen Einflusses notwendig sind.

Unter den Genossen, die eine Parteistrafe erhielten, befanden sich 85 gewählte Parteifunktionäre.

Teilweise begingen sie die Verletzungen des Statuts bereits vor der Wahl oder zeigten schon Einstellungen und Verhaltensweisen, die Ursache ihrer späteren Verfehlung bildeten bzw. dafür begünstigende Bedingungen boten.

Das weist darauf hin, daß nicht immer gründliche Kenntnisse über die für Parteifunktionen vorgesehenen Kader vorhanden sind oder bekannte Hinweise auf politisch-ideologische, moralische oder charakterliche Probleme nicht mit der notwendigen Sorgfalt behandelt werden.

Die Hälfte aller Parteistrafen wurden gegen Mitglieder mit einem Parteialter bis zu 5 Jahren ausgesprochen.

Bericht der Parteikontrollkommission über die Verwirklichung der Beschlüsse der 7. Tagung des Zentralkomitees

BStU
000043

BStU
000053
42

Damit wird deutlich, daß sowohl in Vorbereitung der Aufnahme noch sorgfältiger gearbeitet werden und auch danach der politisch-ideologischen Erziehung und Stärkung noch größere Aufmerksamkeit gewidmet werden muß.

Natürlich trägt jeder selbst die Verantwortung dafür, daß er entsprechend dem Programm und Statut lebt, arbeitet und handelt.

Doch nicht wenige Verfahren zeigen auch die Unterlassungssünden der Parteileitungen und Kollektive in der Arbeit mit jungen Parteimitgliedern, auch das muß dort, wo es zutrifft, offen besprochen werden.

In der letzten Zeit mußten wir erneut feststellen, daß die neofaschistische Entwicklung in der BRD und Westberlin bei einigen jungen Angehörigen in Kollektiven des militärisch-operativen Wach- und Sicherungsdienstes nicht auf die erwartete Ablehnung stieß.

Selbst Beiträge unserer Massenmedien zur Auseinandersetzung mit dieser Entwicklung wurden von ihnen völlig entgegengesetzt verarbeitet.

Zunächst fühlten sie sich nur von der dargestellten Disziplin und Schneidigkeit angesprochen. In unterschiedlichem Maße befaßten sie sich aber auch mit inhaltlichen Fragen. Vor allem übernahmen sie aber antisemitische und rassistische Beschimpfungen, ahmten faschistische Gebahren und Symbolik nach.

Bericht der Parteikontrollkommission über die Verwirklichung der Beschlüsse der 7. Tagung des Zentralkomitees



Sie verbanden das mit den auch bekannten Praktiken der sogenannten EK-Bewegung, wobei es zu einigen schwerwiegenden Vorkommnissen kam.

Das Problem besteht darin, daß Parteimitglieder, darunter auch Vorgesetzte, auf ernstzunehmende Hinweise und Signale nicht reagierten, wofür sie parteimäßig zur Verantwortung gezogen werden mußten.

Einige Mitglieder bzw. Kandidaten waren direkt daran beteiligt, sie wurden entsprechend dem Statut ausgeschlossen.

Wenn vom Parteialter gesprochen wird, dürfen wir jedoch nicht einseitig sein, denn es mußten erneut auch eine relativ hohe Anzahl langjähriger Parteimitglieder zur Verantwortung gezogen werden.

Ein Teil dieser Genossen wurde über Jahre durch die politisch-ideologische und erzieherische Arbeit nicht in erforderlichem Maße erreicht oder sie haben sich der politisch-ideologischen und erzieherischen Einflußnahme bewußt entzogen.

Es gilt also, noch wirksamer zu sichern, daß überall eine solche Atmosphäre in den Kollektiven geschaffen und eine solche Parteiarbeit geleistet wird, daß keine Genossin und kein Genosse sich der politisch-ideologischen und erzieherischen Einflußnahme in seinem Parteikollektiv entziehen kann.

Bericht der Parteikontrollkommission über die Verwirklichung der Beschlüsse der 7. Tagung des Zentralkomitees

BStU	BStU
000045	000055
	44

Auch bei langjährigen Genossen hat die politisch-ideologische Diversion mitunter Wirkungen hinterlassen.
Beispiele muß ich in diesem Kreis nicht nennen.

Auch durch die Analyse der Parteiverfahren wird bekräftigt, daß in den Parteiorganisationen nach dem Grundsatz gehandelt wird, daß die Partei-, Staats- und militärische Disziplin eine Einheit bilden.

Demzufolge hat sich jedes Mitglied, jeder Kandidat für Verfehlungen, Fehlverhaltensweisen, das heißt, für jede Abweichung von den Parteipflichten und Normen vor der Partei zu verantworten.

Wie das geschieht, ist immer im Einzelfall zu entscheiden.

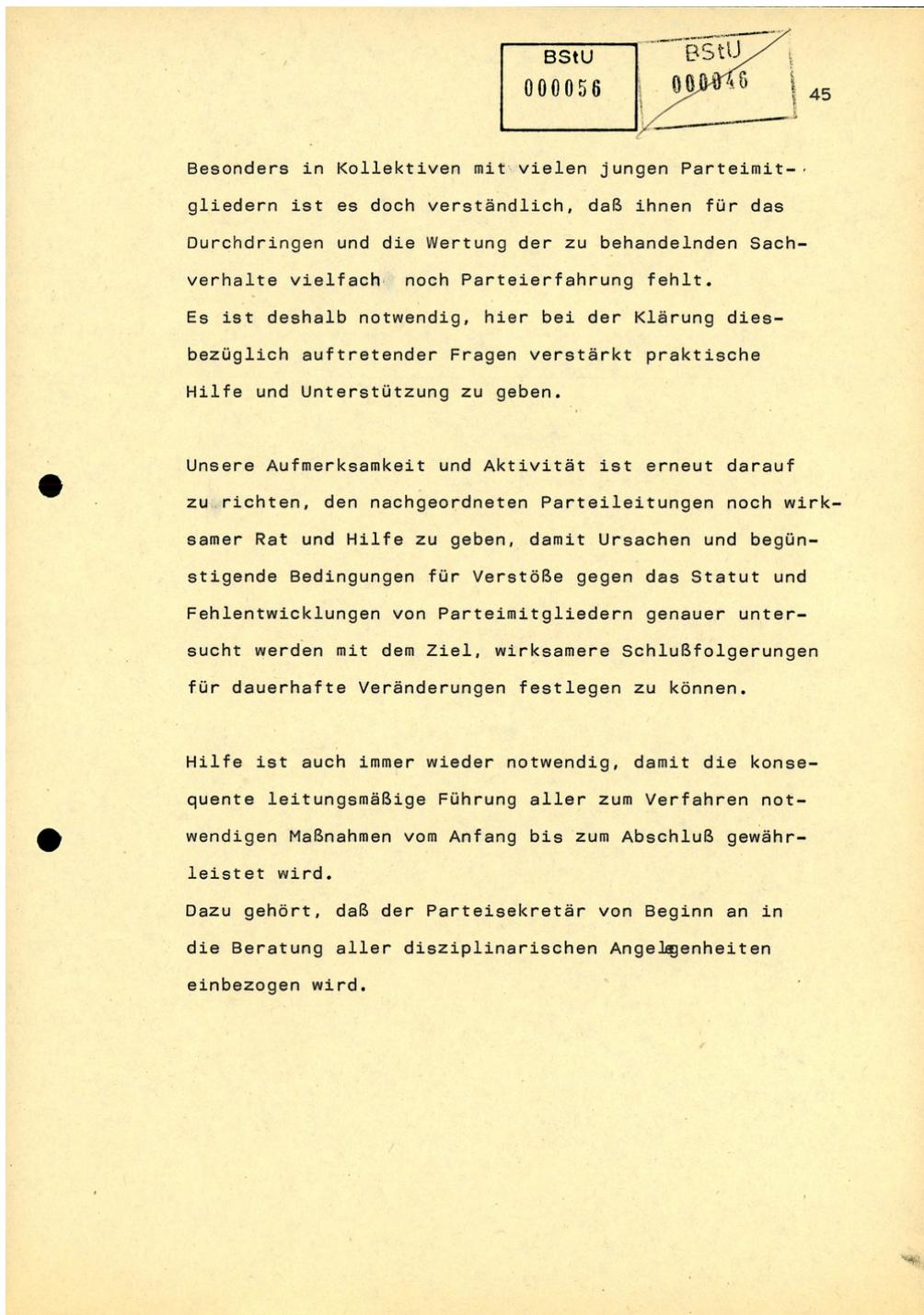
Die Lage und Entwicklung ist in dieser Beziehung aber auch differenziert.

Dort, wo das Statut die Grundlage der Einschätzung, Wertung und Beschlußfassung bildet, gibt es keine Probleme.

Genau an dieser Stelle kommen wir zu weiteren Anforderungen an uns als PKK.

Wir stellen auch immer in Rechnung, daß nicht alle Parteisekretäre und Parteileitungen in den APO über ausreichende praktische Erfahrungen bei der Anwendung von Programm und Statut verfügen.

Bericht der Parteikontrollkommission über die Verwirklichung der Beschlüsse der 7. Tagung des Zentralkomitees



Signatur: BArch, MfS, SED-Kreisleitung, Nr. 4582, BL 11-69

Blatt 56

Bericht der Parteikontrollkommission über die Verwirklichung der Beschlüsse der 7. Tagung des Zentralkomitees

BStU
000057

BStU
000047

46

Zu den Problemen, die die Wirksamkeit der Verfahren einschränken, gehört die Tatsache, daß in nicht wenigen Fällen aus ungerechtfertigten Gründen zwischen der Verfehlung und der abschließenden Behandlung in der GO ein großer Zeitraum vergeht. Teilweise sind das 5 - 6 Monate. Das liegt weder im Interesse der Partei und ist auch gegenüber dem betreffenden Genossen kein parteiliches Vorgehen.

In nicht wenigen Fällen führen die Parteileitungen die Prozesse der Parteierziehung, der Vorbereitung und Durchführung der Verfahren nicht konsequent.

Da gibt es mitunter mehrmalige Vorbereitungen in Parteigruppen, ja sogar Beschlüsse über Parteistrafen, die Begründung zur Eröffnung des Parteiverfahrens wird durch die Parteigruppe gegeben, teilweise auch durch den Vorgesetzten.

Manche Verfahren verlaufen wie nach einem Szenarium. Da geben Parteigruppen kollektive Stellungnahmen ab, werden im Kollektiv vorher individuelle Gespräche geführt, um ein bestimmtes Strafmaß zu sichern.

Es wird auch zu oft zugelassen, daß sich Genossen ausschweigen, die unbedingt Position beziehen müssen, weil sie am Zustandekommen einer Sache mit Verantwortung tragen.

Bericht der Parteikontrollkommission über die Verwirklichung der Beschlüsse der 7. Tagung des Zentralkomitees

BStU
000048

BStU
000058
47

Wir möchten auch nochmal ansprechen, daß es laut Statut nur Mitgliederversammlungen und keine "außerordentliche" gibt, auch dann nicht, wenn ein Partieverfahren zu behandeln ist.

Die Art und Weise, wie in einigen Verfahren die jeweiligen Mitglieder und Kandidaten behandelt werden, gibt Veranlassung, nochmals darauf hinzuweisen, daß auch in dieser Beziehung das Statut zu wahren ist. Dazu gehört die ordentliche Einladung zur Leitungssitzung und Mitgliederversammlung, die Mitteilung der Vorwürfe, die erhoben werden, Zeit zur Stellungnahme usw.

Wir müssen auch darauf Einfluß nehmen, daß ein Parteimitglied, wenn es sich nicht um einen Verräter oder Kriminellen handelt, natürlich auch im Verfahren, also auch in Situationen, wo die Auseinandersetzung mit aller Schärfe geführt wird, spüren muß, daß er als Genosse, als Mensch geachtet wird.

Eine Verletzung des Statuts ist es auch, wenn ein Parteimitglied von der Teilnahme am Parteileben ausgeschlossen wird, solange nicht über die Zugehörigkeit zur Partei entschieden ist.

Bericht der Parteikontrollkommission über die Verwirklichung der Beschlüsse der 7. Tagung des Zentralkomitees

BStU
000049

BStU
000059
48

Es gibt auch immer wieder Fälle, daß wegen kurzfristiger Entlassungs- oder Versetzungstermine von der Parteileitung kurzfristige Entscheidungen gefordert werden, ohne daß sie vorher gründlich in die Klärung der Angelegenheit einbezogen wurde.

Wenn die Genossen in der Leitungssitzung erstmals vom Sachverhalt Kenntnis bekommen und die Mitgliederversammlung möglichst 2 - 3 Stunden später stattfinden soll, ist doch all das nicht zu bewältigen, was zur ordnungsgemäßen Vorbereitung oder Durchführung eines Verfahrens gehört, ganz zu schweigen von der Wirkung und gründlich durchdachten Beschlüssen, wie sie gefordert sind.

Von den Genossen des Kaderorgans, dem Bereich Disziplinar, durch deren Zusammenwirken mit dem Militärstaatsanwalt und Militärgerichten wird die Mehrzahl der Angelegenheiten, mit denen sich dann Parteverfahren befassen, gründlich untersucht und damit auch gute Voraussetzungen für die parteimäßige Wertung und Behandlung geschaffen.

Wie die Partei reagiert, wie sie die Mitglieder und Kandidaten zur Verantwortung zieht, kann dann nur die Partei selbst, d. h. die Mitgliederversammlung entscheiden.

Bericht der Parteikontrollkommission über die Verwirklichung der Beschlüsse der 7. Tagung des Zentralkomitees

BStU
000050

BStU
000060
49

Es gibt aber immer wieder Fälle, daß ohne Beratung mit dem Parteisekretär und der Leitung Entscheidungen zu Genossen getroffen werden, die, wenn sich das Parteikollektiv davon beeinflussen ließe, von vornherein die konsequente Anwendung des Statutes einschränken oder es zu Widersprüchen zwischen Parteibeschluß und dienstlicher Entscheidung kommt.

Ich rufe nochmals einen Fall in Erinnerung, um deutlich zu machen, wie notwendig es ist, darauf zu achten, daß alle Entscheidungen immer auf der Grundlage des Statuts und im Gesamtinteresse der Partei im umfassenden Sinne erfolgen.

Ein junger Genosse, Mitglied der GO- und APO-Leitung, FDJ-Sekretär, überrascht kurz nach dem Abschluß der Fachschule und der Ernennung zum Offizier sein Parteikollektiv mit dem Entlassungsgesuch. Die Gründe, Ausweichen vor den Anforderungen des Dienstes zugunsten eines bequemeren "freien" Lebens.

Jeder Versuch, ihn zur Einhaltung des Eides und der Verpflichtung zu bewegen, scheiterte.

Unter Beachtung aller Umstände wurde ihm die Möglichkeit gegeben, die Ehrlichkeit seiner Beteuerung unter Beweis zu stellen, daß er in der Produktion seine Parteipflichten erfüllen möchte. Er erhielt eine "Strenge Rüge".

Bericht der Parteikontrollkommission über die Verwirklichung der Beschlüsse der 7. Tagung des Zentralkomitees

BStU
000051

BStU
000061

Mit berechtigter Kritik der Bezirksleitung wurden wir darauf aufmerksam gemacht, daß dieser Genosse durch Einflußnahme des MfS in der Bezirksleitung der FDJ, Abteilung Staat und Recht, als Instrukteur für sozialistische Wehrerziehung eingesetzt wurde.

Dieser Fall, und es ist nicht der einzige, hat uns darin bestärkt: es muß immer gewissenhaft auf der Grundlage des Statutes entschieden werden und es ist auch notwendig, die neue Bezirksleitung oder Kreisleitung objektiv über die Gründe des Verfahrens zu informieren, wenn ein Mitglied mit einer Parteistrafe aus unserer Parteiorganisation ausscheidet.

Wir bleiben deshalb bei der bewährten Methode der Beendigungsmeldung an die neue zuständige PKK und an den zuständigen Parteisekretär.

Das macht uns allerhand Arbeit und kostet Zeit, aber es liegt im Interesse der Partei.

Besondere Verantwortung haben wir dahingehend, daß noch entschiedener auf Versuche von Parteimitgliedern reagiert wird, wenn sie sich im Verfahren mit lapidaren, an der Oberfläche bleibenden Erklärungen der vollen Verantwortung gegenüber der Partei entziehen wollen.

Wir müssen dazu beitragen, solche Einsichten und Erkenntnisse zu erreichen, die eine echte Grundlage für die Selbsterziehung und Erziehung durch das Kollektiv bilden.

Bericht der Parteikontrollkommission über die Verwirklichung der Beschlüsse der 7. Tagung des Zentralkomitees

BStU
000052

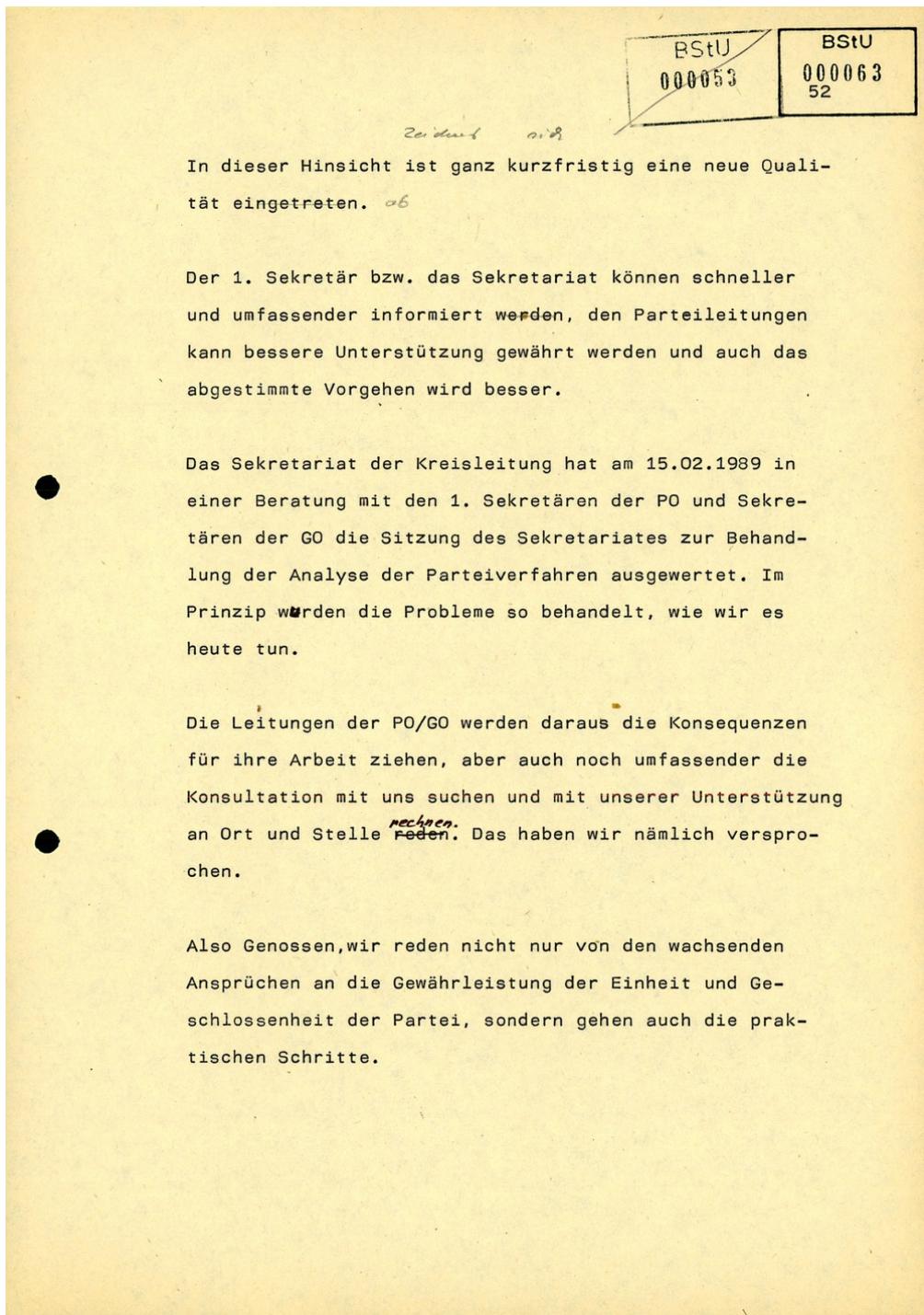
BStU
000062
51

Das setzt aber in erster Linie voraus, dort, wo es zu Fehlverhalten bzw. Fehlentwicklungen gekommen ist, die Ursachen und Bedingungen gründlich herauszuarbeiten, die Hintergründe und Zusammenhänge umfassend aufzudecken. Jedem Fall liegen unterschiedliche subjektive Haltungen, Ursachen, Bedingungen und Umstände zugrunde. Zu ihrer richtigen Aufdeckung ist die enge Zusammenarbeit zwischen dem Leiter und den Parteifunktionären des jeweiligen Kollektivs sowie dem Kaderorgan unbedingt erforderlich. Und genau in diese Richtung muß unsere Einflußnahme ziehen.

Es kommt darauf an, unsere Arbeit noch überlegter so zu organisieren, daß wir insbesondere bei komplizierten Problemen, die eine besonders gründliche Untersuchung und Erforschung der Ursachen und Zusammenhänge erfordern, den betreffenden Parteileitungen und Kollektiven auch durch die Parteikontrollkommission Unterstützung geben. Dazu ist die noch umsichtigere Organisation des Einsatzes der Mitglieder und Kandidaten der Kommission durch den Vorsitzenden und seinen Stellvertreter erforderlich.

In Auswertung der Arbeitsberatung der ZPKK und eurer Hinweise in den Sitzungen der Kommission haben wir mit unserem Genossen Klaus Fügner in seiner doppelten Verantwortung als Kandidat der Kommission und Leiter des Bereiches Disziplinar beraten, wie wir sichern können, daß noch vollständiger und rechtzeitiger die Dinge auf unseren Tisch kommen, mit denen wir uns zu befassen haben.

Bericht der Parteikontrollkommission über die Verwirklichung der Beschlüsse der 7. Tagung des Zentralkomitees



Signatur: BArch, MfS, SED-Kreisleitung, Nr. 4582, BL 11-69

Blatt 63

Bericht der Parteikontrollkommission über die Verwirklichung der Beschlüsse der 7. Tagung des Zentralkomitees

BStU
000054
53

BStU
000064

Klar ist, damit wachsen die Anforderungen an uns und
denen werden wir uns stellen.

Genossen!

Die Arbeitsberatung der ZPKK beschäftigte sich mit der
weiteren Qualifizierung der Arbeit auf dem Gebiet der
Untersuchungen.

Die inhaltlichen Schwerpunkte, auf die sie zu konzen-
trieren sind, wurden im Verlaufe der bisherigen Aus-
führungen bereits behandelt.

In Auswertung der Orientierungen der ZPKK zur weiteren
Qualifizierung der Untersuchungstätigkeit und der vom
Sekretariat der Kreisleitung getroffenen Festlegungen
kommt es für uns darauf an, künftig durch Untersuchungen
noch stärker zur Überwindung von Verletzungen des Sta-
tutes, des Parteiprogramms, der Parteibeschlüsse insgesamt
beizutragen.

In den letzten Wochen und Monaten hatten wir im Auftrage
des Sekretariats und in einem Falle im Auftrage der
ZPKK Erscheinungen des Verlassens der Linie der Partei
zu untersuchen. Opportunistische und revisionistische
Auffassungen bei einzelnen Mitgliedern, Inkonsistenzen
und Liberalismus bei Funktionären und Leitungen,
ideologische Windstille in dem einen oder anderen
Kollektiv, waren Gegenstand der Untersuchung.

Bericht der Parteikontrollkommission über die Verwirklichung der Beschlüsse der 7. Tagung des Zentralkomitees

BStU
000055

54 BStU
000065

Zu untersuchen waren aber auch Verletzungen der Leninschen Normen des Parteilebens sowie der Partei-, Staats- und militärischen Disziplin.

Wir haben gespürt, daß die Anforderungen an die Untersuchungstätigkeit vor allem qualitativ wachsen und damit höhere Ansprüche vor jedem Genossen der PKK stehen.

Es ist notwendig, durch die Vorsitzenden beider Parteikontrollkommissionen die Untersuchungen noch gründlicher vorzubereiten.

Das heißt vor allem, das Ziel, die Schwerpunkte, die Methoden und den Zeitraum der Untersuchung klar zu konzipieren, aber auch den Kreis der Genossen auszuwählen und festzulegen, der am besten geeignet ist, diese Untersuchung sachkundig zu führen.

Es hat sich unter unseren Bedingungen bewährt, in die zu bildenden Arbeitsgruppen außer den Mitgliedern und Kandidaten der PKK auch Instrukteure, weitere Genossen der Abteilung Parteiorgane und Genossen aus den PO, in denen die Untersuchung geführt werden, einzubeziehen. Das setzen wir auch künftig intensiv fort.

Wir beziehen die kritischen Hinweise der ZPKK voll auf uns, daß es im Interesse einer raschen Klärung und größeren Wirksamkeit notwendiger Veränderungen darauf ankommt, mit den Genossen der Abteilung Agitation und Propaganda besser zusammen zu arbeiten.

Bericht der Parteikontrollkommission über die Verwirklichung der Beschlüsse der 7. Tagung des Zentralkomitees

BStU
000056

BStU
000066
55

Das trifft nicht nur auf Untersuchungen zu, sondern auch auf Probleme, die im Zusammenhang mit Parteiverfahren politisch sachkundig einzuschätzen und zu verändern sind.

Genossen!

Es erweist sich als notwendig, die Untersuchungen konzentriert, exakt und zügig durchzuführen und dabei *bei der Lösung* keinen Aufschub der Probleme zu dulden.

Gerade bei den Untersuchungen, die auf politisch-ideologischem Gebiet zu führen waren, wurde deutlich, daß es dabei auf Tage ankommt und nichts auf die lange Bank geschoben werden darf.

Notwendig ist es, die Qualität, sprich Aussagefähigkeit und Beweiskraft der Untersuchungsabschlußberichte zu verbessern.

Wir müssen weiter daran arbeiten, daß die Abschlußberichte klar gegliedert werden. Es gilt, eindeutig festzustellen, welche konkreten Verletzungen der Beschlüsse bzw. des Statuts unserer Partei, der sozialistischen Gesetzmäßigkeit oder der Befehle und Weisungen durch wen, mit welcher Intensität und aus welchen Gründen begangen wurden, worin dafür Ursachen und begünstigende Bedingungen lagen und welcher Schaden unserer Partei oder dem MfS zugefügt wurde.

Vor allem darf Wesentliches und Wichtiges nicht durch

Bericht der Parteikontrollkommission über die Verwirklichung der Beschlüsse der 7. Tagung des Zentralkomitees

BStU
000067

BStU
56 000057

Nebensächlichkeiten verwischt werden oder gar ganz untergehen.

Prinzipieller und eindeutiger haben wir von den Beschlüssen und dem Statut unserer Partei ausgehend die politische Wertung der Untersuchungsergebnisse vorzunehmen.

Sie sind schließlich eine Grundlage für Schlußfolgerungen und Beschlüsse des Sekretariats zur weiteren Stärkung der Einheit und Geschlossenheit unserer Parteiorganisation.

Genossen!

Der für die gesamte Partei gültige Grundsatz von der Kontinuität und der Weiterentwicklung ist natürlich entsprechend den neuen Anforderungen mit ganzer Konsequenz für die Arbeit unserer beiden PKK gültig.

Das trifft auf alle Aufgaben zu, die wir als Organ der gewählten Leitung zum Schutze der Partei zu erfüllen haben und das in der Einheit von Untersuchungen, Kontrolle und Durchführung von Parteiverfahren sowie der Behandlung von Eingaben.

Das trifft auch auf die ständige Ausprägung einer umsichtigen und qualifizierten Arbeit, mit denen wir den Parteileitungen und Grundorganisationen bei der konsequenten Anwendung des Parteistatuts, der Durchführung der Parteibeschlüsse helfen,^{zu} indem wir uns dabei auf die Aufgaben zum Schutze der Partei konzentrieren, tragen wir natürlich im umfassenden Sinne zur Erhöhung der Wirksamkeit der Parteierziehungsarbeit bei.

Bericht der Parteikontrollkommission über die Verwirklichung der Beschlüsse der 7. Tagung des Zentralkomitees

BStU 000068 BStU 000058 57

Aber wir müssen es eben immer in diesem Zusammenhang sehen. Die Parteierziehung ist in erster Linie Angelegenheit der Grundorganisationen und ihrer Leitungen. Unsere Arbeit setzt vor allem dann ein, wenn es um die Behandlung von Verletzungen der Parteibeschlüsse, eben wenn es um den Schutz der Partei geht.

Auf Beschuß des Sekretariats und der Kreisleitung wurden im November und Dezember 1988 wesentliche Veränderungen in der Zusammensetzung beider Kommissionen beschlossen. Die ersten Monate zeigen, daß die Arbeit kontinuierlich fortgesetzt und teilweise weiterentwickelt wurde. Wir haben davon auszugehen, daß die Kommissionen in der jetzigen Zusammensetzung die Aufgaben in Vorbereitung des XII. Parteitages, die ausführlich besprochen wurden, zu erfüllen haben und das gleiche trifft zu auf die Erfüllung der Beschlüsse, die der XII. Parteitag fassen wird. Es wird nur wenig Veränderung geben, ^{und nur dann} w~~o~~ndas aufgrund des Ausscheiden aus dem aktiven Dienst aus Altersgründen notwendig ist.

So, wie wir jetzt zusammengesetzt sind, werden wir uns ^{mit sie auss übertragen werden} also diesen Aufgaben zu stellen haben. Das verlangt von uns allen Verantwortung, bewußtes Handeln, große Einsatzbereitschaft und eine feste Kollektivität.

Wir versichern der ZPKK, der Kreisleitung und ihrem Sekretariat, dem Sekretariat der Politabteilung, daß wir uns mit ganzer Hingabe für die Gewährleistung der Einheit und Geschlossenheit der Partei, ihren Schutz

Bericht der Parteikontrollkommission über die Verwirklichung der Beschlüsse der 7. Tagung des Zentralkomitees

BStU
000059
58

BStU
000069

vor allen Angriffen und für die weitere Erhöhung der Kampfkraft der Partei einsetzen werden.

Wir möchten aber nicht abschließen, ohne vorher noch einmal zum Ausdruck zu bringen, daß wir stets die große Fürsorge, die Anleitung und Unterstützung der ZPKK, ihres Vorsitzenden, des Mitglieds des Politbüros, Genossen Erich Mückenberger, und seines Stellvertreters, des Mitglieds des ZK, Genossen Werner Müller, und natürlich unseres Sekretariats und des *des Sekretärs des ZK war Paul Schmidt* 1. Sekretärs, Genossen Horst Felber, haben.

Wenn es vielleicht auch nicht üblich ist, sich dafür zu bedanken, wir haben das Bedürfnis es zu tun, weil wir dadurch in die Lage versetzt werden, unsere Aufgabe als berufenes Organ zu erfüllen.